

Sache an den Realitäten neu orientiert und gewillt ist, den Weg des grösseren Widerstandes zu gehen. Die Enttäuschungen, wie sie der letzten Revision (Kommissionen Stocker und Jöhr) auf dem Fusse folgten, dürfen sich nicht wiederholen. Ich bitte um Annahme meiner Motion.

**M. Chevallaz**, conseiller fédéral: Nous avons pris connaissance avec intérêt du développement de la motion de M. le député Bräm. Cette motion contient d'intéressantes suggestions. Nous avons proposé à son auteur de la transformer en postulat et à ce titre nous lui accorderons toute l'attention voulue.

**Le président:** M. le député Bräm déclare accepter que sa motion soit transformée en postulat.

*Ueberwiesen – Transmis*

12 212

## Bundesfinanzen. Massnahmen 1975 Finances fédérales. Mesures 1975

Siehe Seite 120 hiervor — Voir page 120 ci-devant

### VIII

#### Bundesbeschluss betreffend Erhöhung der Steuereinnahmen ab 1976

#### Arrêté fédéral concernant l'augmentation des recettes fiscales dès 1976

*Antrag der Kommission*

Eintreten

*Proposition de la commission*

Passer à la discussion des articles

*Angenommen – Adopté*

**Diethelm**, Berichterstatter: Der Bundesrat legt uns in der Beilage 8 einen Bundesbeschluss vor, womit er Artikel 41ter Absatz 3 der Bundesverfassung zu ändern beantragt und die Warenumsatzsteuer bei Detaillieferungen von zurzeit 4,4 auf 5,6 Prozent und bei Engroslieferungen von zurzeit 6,6 auf 8,4 Prozent festsetzen will. Damit werden für 1976 Mehreinnahmen von 985 Millionen Franken erwartet. Ihre Kommission hat diesen Antrag ohne Gegenstimme angenommen.

Der Bundesrat schlägt weiter vor, Artikel 10 zu ändern mit dem Ziel, den Anteil der Kantone am Reinertrag der Verrechnungssteuer von bisher 12 auf 10 Prozent herabzusetzen. Damit würden die im Beschluss IX vorgeschlagenen Steuersätze bei der Verrechnungssteuer, die wir noch zu beschliessen haben, von 30 auf 35 Prozent erhöht und dadurch dem Bund zusätzliche Einnahmen von 350 Millionen Franken für das Jahr 1976 und 220 Millionen Franken für die folgenden Jahre verbleiben. Ihre Kommission schlägt Ihnen zusätzlich vor, die Steuersätze bei der Wehrsteuer ebenfalls zu korrigieren, in dem Sinne, dass die Höchstsätze für natürliche Personen von zurzeit 10,45 im Maximum auf 11,5 Prozent und bei den juristischen Personen von gegenwärtig 8,8 im Maximum auf höchstens 9,8 Prozent erhöht würden.

In Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe a wird im Sinne des verfassungsmässigen Auftrages die kalte Progression mindestens teilweise ausgeglichen. Eine Aenderung der Sozialabzüge war aus administrativen Gründen nicht mehr möglich, weil die Formulare für die laufende Periode bereits gedruckt, in vielen Fällen den Pflichtigen sogar zugestellt

sind. Wir versuchten aus diesen Gründen, durch einen gestaffelten Rabatt dem verfassungsmässigen Auftrag einigermassen gerecht zu werden.

Nun zum Beschluss VIII und zur gegenwärtigen Situation: Mit dem Antrag Peyrot soll erreicht werden, auf die Korrektur bei der Wehrsteuer zu verzichten. Ich darf Ihnen mitteilen, dass Herr Oehen seinen Antrag zurückgezogen hat. Dagegen haben wir zwei Anträge zu Absatz 5 Buchstabe c, worin vorgeschlagen wird, die Progression weiterzuführen bis zu einem Maximum von 15 Prozent. Es liegt ein Minderheitsantrag vor, der vertreten wird durch Herrn Stich, der bei den juristischen Personen die proportionale Besteuerung einführen möchte, und ein Minderheitsantrag Stich, der auf hohen Einkommen einen Harmonisierungszuschlag erheben möchte. Im übrigen gebe ich Ihnen noch bekannt, dass unter Ziffer III der Text gestrichen werden kann, weil der gleiche Text unter Ziffer II auch für diesen Abschnitt Gültigkeit hat. Ich beantrage Ihnen, auf die Behandlung dieses Bundesbeschlusses einzutreten; zu den Abänderungsanträgen werde ich bei der Detailberatung näher Stellung nehmen. Ich danke.

**M. Wilhelm**, rapporteur: Votre commission, par 11 voix contre 2 a rétabli l'ICHA et l'IDN. Par ailleurs, la commission du Conseil des Etats a fait de même à l'unanimité en acceptant néanmoins un amendement de M. Muheim, analogue à celui de l'impôt anticipé. M. Muheim, appuyé par sa commission, souhaite un retour à la part cantonale de 12 pour cent – et non de 10 pour cent – si la réduction de la quote part des cantons à l'impôt à la source dépasse les 30 pour cent.

En ce qui concerne l'arrêté VIII, je vous signale qu'au chiffre I, la proposition de la minorité Oehen a été retirée, de même qu'au chiffre II à l'article 8, 3e alinéa, lettre b.

D'autre part, M. Eibel va vous faire une déclaration et je ne veux pas préjudicier à ses dires.

En ce qui concerne les taux de l'impôt sur le chiffre d'affaires, nous avons les propositions Muret et Uchtenhagen, auxquelles votre commission s'oppose d'ores et déjà pour des raisons de politique électorale; il ne faut surtout pas «trop charger le bateau» – bien qu'il soit sans doute souhaitable de retenir des propositions de ce genre.

Quant à la proposition Peyrot, au chiffre II, à l'article 8, elle voudrait renoncer à inclure, dans le paquet des mesures relatives à l'impôt fédéral direct, des rabais pour personnes mariées, et abandonner la reprise de l'augmentation des taux pour personnes physiques et morales. Cette proposition équivaldrait à une moins-value de 90 millions par rapport aux propositions de la commission et cette perte est trop importante pour qu'elle puisse être acceptée.

Nous aurons l'occasion dans la discussion par article de revenir sur le détail de ces dispositions. Je sollicite votre appui spécialement pour les recommandations de votre commission.

**Eibel:** Der Antrag, den ich zum Thema Warenumsatzsteuer eingereicht habe, hatte den Zweck, diese erhöhte Warenumsatzsteuer, wie wir sie im Antrag des Bundesrates haben, ein halbes Jahr früher in Kraft zu setzen. Das wäre nur möglich mit einem dringlichen Bundesbeschluss. Der Zweck dieses Antrages lag auch darin, die Finanzierungslücke, die im Budget besteht, zu reduzieren. Ein halbes Jahr Warenumsatzsteuer mehr hätte rund 450 Millionen zur Entlastung der Staatsrechnung 1975 beigetragen. Ich ziehe den Antrag zurück und möchte das mit wenigen Sätzen begründen.

Man hat die Abstimmung vom 8. Dezember unisono so kommentiert, dass es ein Sparbefehl sei. Meine persönliche Auffassung ist die, dass wir diesem Sparbefehl zwar nachgekommen sind, aber nur in homöopathischen Dosen. Verschiedene Gelegenheiten, mehr zu sparen, sind nicht ergriffen worden. Ich erinnere an unsere Diskussionen hier über die einmalige Teuerungszulage, über die AHV usw.

Deshalb scheint mir, dass eben dieses Volksurteil vom 8. Dezember doch wohl dahin interpretiert werden muss, dass man nun nicht wieder eine Vorlage bringen kann, bei der das Schwergewicht auf den neuen Einnahmen liegt, neuen Einnahmen, indem die Versicherten bei der AHV mehr bezahlen müssen, nämlich mit 1 Prozent Erhöhung des Lohnabzuges. Das Gleichgewicht zwischen den Einsparungen und den neuen Einnahmen gestattet nicht, im jetzigen Moment bei den Einnahmen weiterzugehen. Das ist der Grund, warum ich diesen Antrag zurückziehe. Leider ist die Folge davon, dass die Finanzierungslücke, über die ich schon zweimal in dieser Debatte gesprochen habe, und die, richtig gerechnet, einige hundert Millionen höher ist als sie der Bundesrat in der Vorlage auf Seite 29 ausrechnet, offen bleibt und wir das Problem nur vor uns herschieben.

**Reich:** Zur Diskussion steht die Beschaffung sofort realisierbarer Mehreinnahmen. Zur Frage der Warenumsatzsteuer folgendes:

Nachdem die Zolleinnahmen durch das EWG-Freihandelsabkommen mit über 500 Millionen Franken jährlich wegfallen, müssen diese Ausfälle gerechterweise auf Verbrauchssteuern überwältigt werden. Ich hätte es für richtig gehalten, dass man den Satz von 6 und 9 Prozent beibehalten hätte, eben zur Finanzierung dieser Lücke, von der Herr Eibel berechtigterweise sprach und auf die er mit Nachdruck hingewiesen hat. Wir brauchen diese Mehreinnahmen, und sie müssen über Verbrauchssteuern hereingeholt werden.

Im weiteren ist mir aufgefallen, dass die Botschaft in der Eile eine Möglichkeit übersehen hat. Ich meine das Paradebeispiel von über 4000 potentiellen Steuerzahlern unseres Landes, stolze Millionäre, ja Milliardäre. Es handelt sich um jene 4000 bis 5000 Privilegierten, die über prominente Güttis exorbitante Pauschalsteuerabkommen abgeschlossen haben, Steuerflüchtlinge, die unseren Staat mit lächerlichen Bruchteilen von dem abfertigen, was wir zu zahlen haben. Ich möchte daher zum drittenmal von diesem Pult aus fragen: Wie lange will der Bundesrat in der Wehrsteuerverordnung diese ungerechten, recht ungleichen und längst veralteten Steuerprivilegien weiterführen? Noch deutlicher: Glaubt der Bundesrat wirklich, unsere Bürger zur Steuermoral erziehen zu können, wenn er selbst die Steuerhinterziehung für eine privilegierte Klasse in der Wehrsteuerverordnung legalisiert?

Zum zweiten geht es uns um die geforderte Erhöhung der Wehrsteuerprogression. Eine solche lehnen wir aus folgenden Gründen konsequent ab: Heute stammen in der Schweiz bereits 70 Prozent der gesamten Steuereinnahmen aus direkten Steuern. Dieser hohe Anteil an Einkommens- und Vermögenssteuern wird im internationalen Vergleich nur noch von den USA erreicht. Die meisten Staaten dagegen stützen ihren Finanzhaushalt auf stark ausgebaute Verbrauchsabgaben; deren Anteil am Gesamtsteueraufkommen liegt im Mittel bei 45 Prozent. Bei uns beträgt dieser Satz aber nur knapp einen Drittel. Er wäre ohne die namhafte Erhöhung des Treibstoffzuschlages und der Tabaksteuer noch geringer. Er wird künftig infolge der Zollaussfälle sogar weiter zurückgehen.

Es ist daher unbestreitbare Tatsache, dass die allgemeinen Konsumsteuern bei uns aussergewöhnlich unterdurchschnittlich genutzt werden und Einkommen und Vermögen bereits reichlich und im internationalen Vergleich übermässig belastet sind. Die Konsumsteuer ist daher mittelfristig die einzige namhafte Fiskalreserve des Bundes, die unbedingt raschmöglichst ausgebaut werden muss, dergestalt, dass der Bund die Warenumsatzsteuer in eine Umsatzsteuer nach dem Mehrwertprinzip umwandelt. Organisatorisch benötigen wir neben unserer heutigen Feuerwehrübung – und ich möchte Sie bitten, das im Auge zu behalten – raschmöglichst eine neue, und zwar eine gesamthaft neu geregelte Finanz- und Steuerordnung mit einer präzisen Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen.

Was uns dringend not tut ist eine Flurbereinigung im gesamten Bereich der bundesstaatlichen Finanzordnung und eine Entflechtung des Bundes- und der Kantons Haushalte. Hierbei sollte Richtschnur sein, die Einkommens- und Vermögensbesteuerung wieder sukzessive in die Kompetenz der Kantone zurückzuführen.

Darf ich abschliessend dem Bundesrat die konkrete Frage stellen: Wann kann eine Mehrwertsteuer schweizerischer Prägung vorgelegt werden? Eine solche ist vordringlich geworden, denn mittelfristig ist sie der einzige steuersystematische Ausweg aus unserer Finanzsackgasse.

**M. Chevallaz,** conseiller fédéral: La dépression des ressources, les difficultés de l'exercice de compression des dépenses, les limites fixées à cet exercice pour des raisons évidentes de régulation économique, d'équipement, de fonctionnement, de continuité de l'Etat nous imposent des ressources nouvelles. Nous le comprenons d'autant mieux que nous avons ressenti ces derniers jours l'amère dureté des exercices de compression. Nous devons bien insister sur le fait que ce que nous demandons, ce ne sont pas des impôts nouveaux, c'est purement et simplement une compensation, tardive et partielle, des droits de douane, doublement délictueux – d'abord par le système de la tarification au poids spécifique qui nous maintient des rendements «au ras du sol», tandis que chez nos voisins le rapport des tarifs *ad valorem* gambade allègrement en parallèle avec la hausse des prix; ensuite, les accords de libre-échange, comme c'était prévu et annoncé, nous font enregistrer des dépressions. De 3 pour cent du produit national brut dans les années soixante, nos ressources douanières sont tombées, pour l'année passée, à moins de 2 pour cent du produit national, ce qui représente en valeur du franc actuel une moins-value de 1,5 milliards de francs. La progression va encore continuer ces prochaines années, les accords de libre-échange allant jusqu'à leur complète exécution d'ici 1978.

Il est vrai, M. Reich l'a relevé ici, que nous devons porter l'effort principal sur l'imposition indirecte, d'abord parce que nous remplaçons cette imposition indirecte que sont les droits de douane, ensuite parce que chez nous l'imposition indirecte est moitié moins importante que les impositions indirectes de nos voisins; enfin, si nous avons réduit – pas de bon gré je vous l'assure – les participations des cantons aux subventions et aux recettes, nous n'entendons pas leur enlever encore leur domaine fiscal. Ainsi donc, il nous faudra étudier à moyen et à long terme, l'introduction d'un nouveau système de contributions indirectes, une nouvelle organisation de l'impôt direct en harmonisation avec les fiscalités cantonales, et prévoir aussi un partage des tâches, des attributions et des ressources entre la Confédération et les cantons. Or ces dispositions nouvelles, qui nous sont très fréquemment demandées, ne peuvent être réglées en procédure accélérée. La consultation sur l'harmonisation fiscale est terminée, nous en tirons actuellement les conclusions. La consultation sur la taxe à la valeur ajoutée va s'ouvrir le 11 février prochain. Au début de l'année prochaine au plus tard, vous serez saisis d'un programme financier d'ensemble et à long terme. Néanmoins, si tout va bien, ce nouveau régime ratifié par le peuple et les cantons ne pourrait entrer pleinement en vigueur avant 1978; d'ici là et peut-être pour plus longtemps encore, il nous faudra trouver des ressources complémentaires.

Il fallait tenir compte de la votation du 8 décembre. Nous ne pouvions pas recourir aux mesures d'urgence pour réintroduire des impôts assez semblables à ceux qui avaient été rejetés. Nous ne pouvions pas non plus reprendre tels quels ces derniers. Notre proposition concernant l'ICHA représente une augmentation plus faible. En ce qui concerne l'impôt fédéral direct, nous avions quelque scrupule, du moment que nous sommes maintenant entrés dans la dix-huitième période fiscale, à y introduire des modifications qui auraient un certain relent rétroactif.

Néanmoins je tiens à dire que le Conseil fédéral se rallie très volontiers aux propositions de votre commission qui apportent une correction, fût-elle très partielle, à la progression à froid et une légère majoration des maxima de l'impôt direct.

Nous proposons donc d'entrer en matière.

*Eintreten wird ohne Gegenantrag beschlossen*

*Le Conseil passe sans opposition à la discussion des articles*

## Titel und Ingress

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

## Titre et préambule

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

## Ziff. I Ingress

*Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

## Ch. I préambule

*Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté*

## Art. 41ter Abs. 3 und 5 Buchst. c und d

*Antrag der Kommission*

### Abs. 3

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

### Abs. 5 Buchst. c

#### Mehrheit

Für die direkte Bundessteuer nach Absatz 1 Buchstabe c gilt:

Bei der Festsetzung der Tarife ist auf die Belastung durch die direkten Steuern der Kantone und Gemeinden angemessen Rücksicht zu nehmen. Die Steuer beträgt höchstens:

- 11,5 Prozent vom Einkommen der natürlichen Personen; die Steuerpflicht beginnt frühestens bei einem reinen Einkommen von 9700 Franken, bei verheirateten Personen bei einem solchen von 12 200 Franken;
- 9,8 Prozent vom Reinertrag der juristischen Personen;
- 0,825 Promille von Kapital und Reserven der juristischen Personen.

Die Folgen der kalten Progression für die Steuer vom Einkommen der natürlichen Personen sind periodisch auszugleichen.

#### Minderheit

(Stich, Bussey, Düby, Hubacher, Rubi, Schläppy)

7 Prozent vom Reinertrag ...

(Rest Buchst. c wie Mehrheit)

### Buchst. d (neu)

#### Minderheit

(Stich, Allgöwer, Biel, Bussey, Düby, Hubacher, Oehen, Rubi, Schläppy)

Auf hohen Einkommen kann ein Harmonisierungszuschlag von 10 Prozent erhoben werden.

## Anträge Muret

### Abs. 3

Streichen

### Abs. 5 Buchst. c

... Die Steuer beträgt höchstens:

- 15 Prozent vom Einkommen der natürlichen Personen; die Steuerpflicht beginnt frühestens bei einem reinen Einkommen von 14 000 Franken, bei verheirateten Personen bei einem solchen von 17 000 Franken;
- 16 Prozent vom Reinertrag der juristischen Personen;
- 1,7 Promille von Kapital und Reserven der juristischen Personen.

## Antrag Peyrot

### Abs. 5

Nach Entwurf des Bundesrates (= bisheriger Text)

## Antrag Uchtenhagen

### Abs. 5 Buchst. c

... Die Steuer beträgt höchstens 15 Prozent vom Einkommen ...

## Art. 41ter al. 3 et 5 let. c et d

*Proposition de la commission*

### Al. 3

Adhérer au projet du Conseil fédéral

### Al. 5 let. c

#### Majorité

L'impôt fédéral direct selon le 1er alinéa, lettre c, sera établi selon les règles suivantes:

Lors de la fixation des tarifs, il sera tenu compte, de façon appropriée, de la charge constituée par les impôts directs des cantons et des communes. L'impôt s'élève au plus à:

- 11,5 pour cent du revenu des personnes physiques; l'assujettissement commence au plus tôt lorsque le revenu net atteint 9700 francs ou, pour les personnes mariées, 12 200 francs;
- 9,8 pour cent du rendement net des personnes morales;
- 0,825 pour mille du capital et des réserves des personnes morales.

Les effets de la progression à froid sur l'impôt frappant le revenu des personnes physiques seront compensés périodiquement.

#### Minorité

(Stich, Bussey, Düby, Hubacher, Rubi, Schläppy)

7 pour cent du rendement net...

(Pour le reste de la let. c: Selon la proposition de la majorité)

### Let. d (nouvelle)

#### Minorité

(Stich, Allgöwer, Biel, Bussey, Düby, Hubacher, Oehen, Rubi, Schläppy)

Sur les revenus élevés, un supplément d'harmonisation de 10 pour cent peut être perçu.

## Propositions Muret

### Al. 3

Biffer

### Al. 5 let. c

l'impôt s'élève au plus à:

- 15 pour cent du revenu des personnes physiques; l'assujettissement commence au plus tôt lorsque le revenu net atteint 14 000 francs ou, pour les personnes mariées, 17 000 francs;
- 16 pour cent du rendement net des personnes morales;
- 1,7 pour mille du capital et des réserves des personnes morales.

**Proposition Peyrot****Al. 5**

Selon le projet du Conseil fédéral (= texte actuel)

**Proposition Uchtenhagen****Al. 5 let. c**

Lors de la fixation des tarifs...

L'impôt s'élève au plus à 15 pour cent du revenu des personnes physiques...

**Le président:** Je constate que les propositions Eibel et Oehen ont été retirées. M. Muret va s'exprimer sur ses propositions aux différents articles que nous allons discuter.

**M. Muret:** Je remercie M. le président de m'avoir autorisé à développer en une seule fois, pour gagner du temps, les trois propositions que nous avons formulées sur cet arrêté VIII.

Je vous épargnerai la répétition exacte – car il n'y a rien de nouveau – de ce que nous avons dit il y a six mois sur le caractère antisocial de l'impôt sur le chiffre d'affaires, sur le fait que cet impôt indirect n'est pas progressif et qu'il frappe pour l'essentiel la grande masse des petits et moyens budgets.

Rien n'a changé à cet égard depuis une demi-année et notre opposition à une augmentation de l'ICHA reste par conséquent inchangée également, vous en voyez très bien les motifs.

Et cela d'autant plus que, face à la hausse prévue de 27 pour cent de cet impôt sur le chiffre d'affaires, l'«effort» demandé aux gros revenus et surtout aux sociétés anonymes et autres est simplement dérisoire. Mieux encore, le projet primitif du Conseil fédéral n'en prévoyait aucun, quel qu'il soit. Et c'est la commission – nous l'avons déjà souligné – qui jugeant que cette position frisait de trop près l'indécence a prévu par conséquent la plus «maigre» possible des augmentations des taux maximums sur les personnes physiques et morales, abandonnant par ailleurs l'imposition annuelle de ces dernières et l'augmentation de l'une des surtaxes qui figuraient dans le projet rejeté le 8 décembre.

On rejette de la même façon, en même temps, l'impôt sur les coupons comme l'impôt sur le luxe et il n'est pas question non plus de toucher aux énormes fortunes, aux profits démesurés qui se sont accumulés durant trente ans de prospérité capitaliste. On voit même la droite, le groupe libéral, proposer de renoncer complètement à tout supplément et même toute apparence de supplément de l'impôt direct. Ainsi ce sont les bénéficiaires de trente ans d'expansion qui se trouvent aujourd'hui épargnés, ménagés et privilégiés, pendant que le monde du travail fait pratiquement seul les frais de l'opération.

En aucun cas et quelles que soient les circonstances, le Parti du travail ne peut admettre une telle politique qui constitue un défi ouvert à l'équité sociale la plus élémentaire. C'est pourquoi nous reprenons aujourd'hui, telles quelles, les propositions que nous avons déjà faites lors de l'élaboration du précédent projet fédéral et qui avaient déjà été rejetées alors, provoquant même l'indignation horrifiée de l'un des rapporteurs. Ces propositions visent à fixer à 15 pour cent au lieu de 11,5 le taux maximum de l'impôt direct sur les personnes physiques, en prévoyant un assujettissement commençant au plus tôt lorsque le revenu net atteint 14 000 francs (17 000 pour les gens mariés), tandis que l'augmentation de ce même taux maximum pour les sociétés de capitaux et autres serait fixée à 16 pour cent. Enfin, et c'est ce qui avait précisément tant indigné l'honorable rapporteur d'il y a six mois, le taux de l'impôt de base et des deux surtaxes sur le rendement net des sociétés est doublé.

Je vous rappelle que M. Bürgi, à ce moment-là, avait levé les bras au ciel en disant: «Comment? Ça rapporterait 1,5

milliard la première année, 2 milliards la seconde. Vous voulez donc étrangler l'économie du pays?» On étrangle toujours quelqu'un ici en faisant des propositions sérieuses, mais on continue à respirer tout de même après coup! Et nous pensons qu'au moment où l'on demande des sacrifices importants, les conséquences seront importantes elles aussi dans l'ensemble de la population; Il n'est que naturel et que nécessaire que ce soit encore une fois les privilégiés qui contribuent à cette «réforme». Il est bien clair que si on demande 1 milliard d'augmentation de l'impôt sur le chiffre d'affaires, on peut et on doit demander 1 milliard aussi aux grandes concentrations économiques et financières.

Nous ne nous faisons pas d'illusions, inutile de le dire, sur le sort de ces propositions. Les votes qui sont intervenus ici depuis lundi suffisent à nous les interdire. D'autre part, on a entendu tout à l'heure M. Wilhelm, à qui on ne peut pas reprocher, dans tous les cas, de manquer de franchise, déclarer que, pour des raisons électorales évidentes, il ne fallait pas trop «charger le bateau»! Il faut bien dire qu'il y a différents électeurs: l'électorat de droite qui est représenté par M. Peyrot, qui trouve qu'il ne faut pas augmenter du tout l'impôt direct. Mais il y a aussi l'électorat de gauche, qui n'est pas tout à fait du même avis parce qu'il estime, lui, qu'il vaudrait mieux augmenter l'impôt sur les gros revenus que sur la masse des consommateurs...

Mais ce dont nous sommes bien convaincus, c'est que tôt ou tard, inéluctablement, il faudra bien changer de politique; il faudra bien mettre à contribution le capital et la richesse. Et plus ce sera tard, plus aussi ce sera lourd et plus le retour de foire sera amer.

En attendant et, pour ce qui nous concerne, nous ne pouvons que continuer à combattre toute réforme ou tout aménagement des finances fédérales qui sauvegarderait les privilèges d'une minorité pour s'effectuer à la seule charge de la grande masse de la population, des consommateurs et à celle du monde du travail.

**Diethelm, Berichterstatter:** Wir haben vorerst den Streichungsantrag des Herrn Muret zu diskutieren. Er möchte in Artikel 41ter Absatz 3 die Erhöhung der Sätze bei der Warenumsatzsteuer ablehnen. Herr Muret begründet seinen Streichungsantrag insbesondere mit dem aus seiner Sicht antisozialen Charakter der Warenumsatzsteuer. Ich möchte immerhin darauf hinweisen, dass die Sätze, die nun in dieser Vorlage vorgeschlagen werden, unter denjenigen liegen, über die das Volk am 8. Dezember entschieden hat. Ich möchte auch darauf hinweisen, dass ein wesentlicher Teil des Warenkorbes für die breiten Schichten der Bevölkerung, der Zwangsbedarf, durch die sogenannte Freiliste von der Warenumsatzsteuer befreit ist.

Die Streichung der Bestimmung in Artikel 41ter Absatz 3 hätte für das Jahr 1976 einen Ausfall von 985 Millionen Franken zur Folge. Ich glaube, dass wir unserem Ziel, die Bundesfinanzen zu sanieren, einen schlechten Dienst erweisen würden, wenn wir dem Antrag Muret zustimmten. Zu seinen Anträgen in bezug auf die Wehrsteuersätze werde ich Stellung nehmen bei der Behandlung der übrigen Anträge zu Absatz 5.

Ich beantrage Ihnen also, den Antrag Muret auf Streichung von Absatz 3 abzulehnen.

**M. Wilhelm, rapporteur:** Nous sommes à l'article 41ter, alinéa 3a, impôt sur le chiffre d'affaires. M. Muret propose un taux de 15 pour cent du revenu des personnes physiques. La proposition Muret vise à biffer cet article. Votre commission évidemment s'oppose à cette proposition. Il n'y pas de justice fiscale idéale, je suis le premier à être d'accord avec lui, mais en la matière sa proposition est extrême et impossible à réaliser. Votre commission a fixé, vous l'avez vu, des taux inférieurs à ceux du projet du 8 décembre dernier. Nous pensons que ces taux sont objectivement soutenables et qu'on ne peut pas entrer dans

les vues de M. Muret, ce qui conduirait à une démolition complète du système actuel. Il nous faut des impôts sur la consommation et en attendant l'introduction nécessaire de la TVA, il est nécessaire que les taux de l'ICHA soient revus.

M. **Chevallaz**, conseiller fédéral: Il m'incombe de le relever, une fois de plus: M. Muret est toujours aussi friand de comparaisons de systèmes fiscaux. Or je souligne d'office que, dans l'économie des pays collectivistes, les revenus de l'Etat sont assurés essentiellement par le biais du chiffre d'affaires des entreprises. Elles sont publiques, je le veux bien, mais c'est le rendement des entreprises d'Etat qui finance la machine politique. Autrement dit, et nous en resterons toujours là, c'est un impôt indirect sur les prix payés par le consommateur. C'est une thèse d'ailleurs tout à fait défendable; je serais prêt à l'admettre quant à moi et à gouverner par ailleurs sous le régime des pleins pouvoirs dévolus à ces Messieurs, là-bas; cela me faciliterait la tâche. Mais enfin, je tiens à m'étonner du fait que M. Muret s'irrite du caractère soi-disant antisocial de l'impôt sur le chiffre d'affaires. Antisocial quand nous bénéficions d'une liste franche que ne connaissent, quant à son étendue, aucun de nos voisins? La franchise fiscale est accordée sur tous les produits de première nécessité, notamment sur les denrées alimentaires, le gaz, l'électricité. Cela représente environ 1 milliard 300 millions à 1 milliard 500 millions de moins-value fiscale. Ce sont des recettes dont nous nous privons, mais c'est aussi un allègement du consommateur, point sur lequel il faudrait tout de même qu'on insiste, en toute objectivité. Il n'est alors pas question de renoncer à cet impôt sur le chiffre d'affaires. Quant aux propositions de modification de l'impôt direct, j'aurais peut-être tendance à les accepter si je ne voyais que le rendement de l'opération. Mais M. Muret sait bien que ces propositions sont démesurées, qu'elles empiètent considérablement sur le domaine des cantons et surtout qu'elles n'auraient aucune chance d'être agréées, si l'on considère les résultats des votations ces derniers temps, par le peuple et les cantons. Je crois qu'il faut les regarder comme un élément de propagande qui servira cet automne sans doute, mais nous ne pouvons pas y souscrire.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Kommission	120 Stimmen
Für den Antrag Muret	4 Stimmen

M. **Peyrot**: Il y a un instant M. le conseiller fédéral Chevallaz a dit que c'était par scrupule que lui-même et que le Conseil fédéral n'avaient pas voulu reprendre, dans leur texte initial, l'impôt de défense nationale en raison du vote populaire du 8 décembre dernier. Puis il a ajouté que, finalement, le Conseil fédéral s'était rallié à la proposition de la majorité de la commission. Je dois dire ici, au nom de la quasi-unanimité du groupe libéral et évangélique, que nous en restons aux scrupules initiaux du Conseil fédéral et nous vous demandons d'abandonner en l'occurrence la reprise de l'augmentation de l'impôt de défense nationale pour en rester purement et simplement à l'augmentation prévue de l'impôt sur le chiffre d'affaires. Et ceci pour les raisons suivantes: les mesures pour 1975 que nous avons jusqu'ici discutées et adoptées suffiront tout juste à rendre acceptable le déficit du budget. Il s'agissait essentiellement de compression budgétaire et de transferts, en ce sens le Conseil fédéral et notre Conseil ont tiré la pleine leçon du scrutin du 8 décembre et suivi la volonté populaire ainsi respectée.

Mais gouverner c'est prévoir et le Conseil fédéral devait bien songer d'ores et déjà à l'exercice 1976. Le temps qui nous sépare de l'élaboration de ce budget est singulièrement court. C'est la raison pour laquelle il nous propose cette augmentation de l'impôt sur le chiffre d'affaires qui, comme M. le conseiller Chevallaz l'a expliqué tout à

l'heure, n'est pas un impôt nouveau, mais une simple compensation d'une moins-value de rentrées fiscales. D'ailleurs, en proposant des taux légèrement inférieurs, nous pouvons espérer, compte tenu des abattements budgétaires auxquels nous avons procédé, nous pouvons espérer qu'en juin le peuple acceptera cette fois cette augmentation de l'impôt sur le chiffre d'affaires parce que, dans l'attente de la TVA, il n'y a pas d'autre solution, sur le plan de l'impôt indirect, pour boucher les trous de la moins-value due à ces accords internationaux, notamment à celui de cette Communauté européenne que notre collègue M. Schwarzenbach attaque en considérant le problème par le petit bout de la lunette seulement.

Nous savons bien que, si ce nouvel impôt était à nouveau par malheur refusé par le peuple, les conséquences seraient graves et qu'il ne resterait guère d'autre solution que d'augmenter la masse monétaire et de relancer ainsi l'inflation, ce que personne ici ne désire.

C'est pourquoi nous estimons qu'il est malheureux que la commission se soit crue obligée de réintroduire dans ce train de mesures financières tout le problème de l'augmentation, bien que légèrement moindre, il est vrai, de l'augmentation de l'impôt de défense nationale. Oh! nous savons bien qu'il existe un dogme, celui du jumelage sacro-saint de l'impôt indirect et de l'impôt direct. Mais nous savons d'autre part que, dans un proche avenir, tout le problème doit être réexaminé. Il y a d'ailleurs une manifeste contradiction entre ceux, sur la gauche notamment de cette assemblée, qui critiquent la hâte du Conseil fédéral dans la mise au point des mesures qu'il nous propose, alors qu'en même temps ils veulent ouvrir à cette occasion tout le volet de l'imposition directe. Le résultat d'ailleurs ne s'est pas fait attendre: des propositions de majorité et de minorité heureusement retirées en partie maintenant, mais de nouvelles propositions aussi, notamment celles de notre collègue Mme Uchtenhagen. Aller rapidement devant le peuple avec l'augmentation de l'ICHA, en même temps qu'on lui soumet par ailleurs l'augmentation des huiles de chauffage et celle des prix de l'essence, est déjà en soi tenter une «impasse au souverain», si vous permettez cette image de bridge, impasse pleine d'aléas. Mais charger le bateau, oui, Monsieur Muret, charger le bateau encore, au risque de le faire couler nous paraît dangereux. Vous avez évoqué, Monsieur Muret, tout à l'heure, le problème des électors. Je voudrais bien que le 8 décembre ce soit la droite qui ait refusé les impôts nouveaux, mais vu la masse considérable de ceux qui ont voté non, vous me permettez, en toute modestie, d'en douter.

Comme chacun le sait, nous allons être confrontés avec notamment deux initiatives, l'une socialiste sur la richesse, l'autre du Landesring sur tout le problème fiscal. Pourquoi dès lors saisir l'occasion de cette opération d'urgence pour rétablir le budget, pourquoi la saisir pour rouvrir tout le problème de l'impôt? Est-ce vraiment décent de discuter de propositions aussi délicates au sein de cette Assemblée plénière?

Enfin, et ce sera mon dernier argument, il nous semble essentiel, au moment où par les mesures que nous venons de prendre, et qui ont pour objet de priver les cantons d'une part importante de leurs matières fiscales, il nous paraît inopportun de leur en enlever encore par l'augmentation de cet impôt de défense nationale, car nous sommes bien convaincus que dans tous les cantons on pense déjà, et cela est inévitable, à l'augmentation des impôts directs qui leur appartiennent en première ligne.

En conclusion donc, nous vous demandons de laisser en l'occurrence de côté l'augmentation de l'impôt de défense nationale, car nous savons très bien que, d'ici fort peu de temps, ce problème devra être traité dans son entier.

Frau **Uchtenhagen**: Im Namen der sozialdemokratischen Fraktion beantrage ich Ihnen, die Progression bei der direkten Bundessteuer weiterzuführen bis zum Maximalsatz

von 15 Prozent. Auf den ersten Blick sieht mein Antrag aus wie die sozialdemokratische Reichtumssteuerinitiative, aber dieser Blick trügt. Bei der Reichtumssteuerinitiative möchten wir eine ganz andere Verteilung der Lasten, nämlich eine weniger starke Belastung der unteren und mittleren Einkommen und eine stärkere Belastung der höheren Einkommen. Mein Antrag geht von den bestehenden Tarifen aus. Er ändert die Tarife nicht, sondern führt nur die Progression noch etwas weiter. Dafür gibt es eine ganz einfache Begründung. Sie ist darin zu sehen, dass wir wiederum darauf verzichten, die kalte Progression auszugleichen. Wir haben das letztmal Ende 1972 die kalte Progression ausgeglichen, und wenn diese Steuer durchgeht, dann ist sie rückwirkend auf den 1. Januar dieses Jahres gültig. Wir haben in diesen Jahren eine Teuerung von 20 Prozent. Eigentlich wären wir nach der Verfassung verpflichtet, eine Streckung der Tarife um 20 Prozent vorzunehmen und auch die Sozialabzüge um 20 Prozent zu erhöhen. Wir tun das nicht. Die Kommission schlägt zwar einen kleinen Rabatt vor. Dieser Rabatt genügt aber keineswegs, um die kalte Progression auszugleichen. Er gilt nur für Unverheiratete; die Sozialabzüge werden nicht erhöht und auch bei den untersten Einkommensbezüglern wird mit diesem Rabatt die Teuerung nicht ausgeglichen; sie müssen trotzdem mehr Steuern bezahlen. Wenn z. B. jemand 1973 20 000 Franken verdient hat, dann heisst das, dass er durch die Teuerung 1975 bereits 24 000 Franken verdient. Seine Steuer beträgt statt 135 223 Franken, ist also um 65 Prozent gestiegen, ohne dass er tatsächlich mehr verdient. Wenn man diesen Rabatt einbezieht – er beträgt in diesem Fall 42 Franken, dann haben Sie immer noch eine Zunahme von 34 Prozent. Seine Steuer ist also gestiegen. Wir wissen, worauf das zurückzuführen ist. Wir haben eine Tarifkurve, die zuerst sehr steil verläuft und sich dann abflacht. Die Folge davon ist, dass die Teuerung vor allem die unteren und die mittleren Einkommen sehr stark trifft, denn diese rutschen alle in eine höhere Progressionsskala hinein. Umgekehrt wird durch die Fixierung des Maximalsatzes erreicht, dass die höheren Einkommen überhaupt nicht durch diese Teuerung getroffen werden, denn sie rutschen nicht in eine höhere Progressionsskala hinein. Wiederum ein Beispiel: Bei einem Einkommen von 40 000 Franken beträgt die teuerungsbedingte Steuerzunahme trotz dem Rabatt 37 Prozent. Wenn wir nach den Anträgen der Kommission gehen, also oben nichts ändern, dann heisst das, dass bei einem Einkommen von 200 000 Franken die Teuerung, die auf die Steuer Auswirkungen hat, nur noch 6,4 Prozent beträgt und über 300 000 Franken überhaupt keine Wirkung mehr hat, da die Progression bei 243 000 Franken aufhört.

Mein Antrag hätte nicht etwa eine effektive Höherbelastung der höheren Einkommen zur Folge, sondern würde einfach die Lasten gleichmässig verteilen. Ja, er würde nicht einmal das vollständig tun. Ich habe Ihnen vorhin gesagt, dass bei 40 000 Franken die teuerungsbedingte Erhöhung der Steuer 37 Prozent beträgt; sie fällt auch bei meinem Antrag nachher ab, beträgt bei 100 000 Franken nur noch 19 Prozent, bei 200 000 Franken 20 Prozent, steigt dann wieder etwas an und steht bei 400 000 Franken wieder auf 34,4 Prozent. Mit anderen Worten: Wenn jemand zehnmal mehr verdient, dann muss er trotzdem proportional nicht gleich viel mehr Steuern bezahlen. Derjenige, der 40 000 Franken verdient, muss immer noch prozentual mehr bezahlen wegen der kalten Progression.

Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang noch einmal darauf hinweisen, dass auch dann, wenn wir die Progression bei den hohen Einkommen anheben – also bitte nur, um die Belastung annähernd gleich zu erhalten, nicht um sie zu verschärfen! –, die steuerliche Belastung im internationalen Vergleich immer noch nicht sehr gross ist. Ich weiss, dass diese Zahlen immer bestritten werden, aber alle Vergleiche weisen doch in die gleiche Richtung. Uebrigens bestätigt das auch der «bon sens», wenn man sich

klarmacht, dass bei uns der Staat für seine Dienstleistungen und für seine Transferzahlungen nur 24 Prozent des Bruttosozialproduktes beansprucht. Sie wissen, und Herr Bundesrat Chevallaz hat das immer wieder gesagt, dass das einer der niedrigsten Sätze für alle industrialisierten Länder ist. Alle industrialisierten Länder um uns herum haben zwischen 30 und 40 und mehr Prozent. Es gibt nur ein einziges industrialisiertes Land, bei dem der Staat für seine Dienstleistungen und Transferzahlungen sogar noch weniger braucht, nämlich Japan mit 21 Prozent. Wir alle wissen, dass Japan seine Probleme nicht gelöst hat. Ich würde meinen, dass wir, statt um Stimmen zu werben beim Stimmbürger, indem wir immer vom Sparen reden, obwohl wir eigentlich wissen, dass wir alle immer nur beim andern sparen wollen, vielleicht unseren Stimmbürgern klarmachen müssten, dass die Dienstleistungen, die sie vom Staat erwarten, und dass das, was ein moderner Staat überhaupt machen muss, damit die Wirtschaft funktionieren kann, eben zur Folge hat, dass wir dem Staat die nötigen Mittel geben müssen. Wenn man schon immer von Qualität des Lebens spricht, so sollte auch daran gedacht werden, dass es gerade jene Güter und Dienstleistungen sind, die keinen Gewinn abwerfen und deshalb vom Staat bereitgestellt werden müssen, die am meisten zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen. Wir können nicht erwarten, dass unser Staat alles zum Discountpreis produziert, oder annehmen, dass alle anderen Industrienationen einfach dumm und unwirtschaftlich mit ihren Steuergeldern umgehen.

Vielleicht darf ich noch einmal darauf hinweisen: Ich habe vor zwei Jahren einmal davon gesprochen, dass wir eine zunehmende Vermögenskonzentration haben. Mein ehemaliger Studienkollege Auer war da sehr unzufrieden und ist mir dann ziemlich «an den Karren gefahren». Unterdessen sind meine Angaben publiziert worden – sie haben sich auf eine noch nicht veröffentlichte Dissertation abgestützt –, und es sind sehr viele zusätzliche wissenschaftliche Untersuchungen angestellt worden. Unterdessen sagen es auch andere Leute. Ich würde meinen, dass z. B. unser ehemaliger Kollege Herr Schürmann sicher nicht linksverdächtig ist, und er schreibt in seinem Artikel über die Möglichkeiten der Sparförderung in der «NZZ» vom 25./26. Januar 1975, dass «die statistisch mannigfach belegte zunehmende Vermögenskonzentration» in unserem Land – mit der beschäftigt er sich nämlich auch – ihm Sorgen bereite. Diese Vermögenskonzentration ist eben darauf zurückzuführen, dass die inflationsbedingte Umverteilung der Einkommen und Vermögen dazu führt, dass jene mehr erhalten, die schon etwas besitzen. Ein weiterer Faktor dürfte sein, dass wir mit unseren sehr grossen Einkommensbezügen eben immer noch relativ glimpflich umgehen.

Wir haben in dieser Woche immer wieder darüber diskutiert, wieso am 8. Dezember der Stimmbürger nein gesagt hat. Ich bin genau wie Herr Aubert der Meinung, dass Herr Allgöwer da nicht ohne weiteres der einzige Interpret der *vox populi* ist. Dort, wo ich referiert habe, hat man allgemein sehr unwillig auf die Erhöhung der Warenumsatzsteuer reagiert. Das mag falsch oder richtig sein, aber wir dürfen nicht vergessen, dass in breiten Schichten, bis weit hinauf in die mittleren, sogar höheren Einkommen, die Teuerung vor allem die Hausfrauen sehr plagt. Sie sind konfrontiert mit der Tatsache, dass alles immer teurer wird: die Rohstoffe, die Nahrungsmittel; denken Sie an Zucker, an Teigwaren! Wenn Sie denen dann sagen: Ja, die indirekten Steuern sind durch die Zollsenkungen zurückgegangen, dann wird Ihnen das nicht sehr viel helfen, denn von diesen Zollreduktionen hat der Konsument praktisch nichts zu spüren bekommen. Das erstaunt keinen Ökonomen. Denn in einem Markt, in dem ein Nachfrageüberhang besteht, werden Reduktionen kaum weitergegeben. Genau das gleiche ist übrigens jetzt der Fall mit den zum Teil riesigen Währungsgewinnen auf Importen, die sehr selten an den Konsumenten weitergegeben werden.



Der einfache Mann und die Hausfrau und Konsumentin spüren die Teuerung, und sie spüren eben auch die kalte Progression. Das heisst: In breiten Schichten unseres Volkes hat man das Gefühl, dass man eigentlich genug Steuern bezahlt. Und das stimmt auch. Wenn man zwischen 20 000 und 50 000 Franken steuerbares Einkommen hat, wird man bei uns in der Schweiz hart zur Kasse gebeten. Wenn wir nun die kalte Progression nicht ausgleichen, und oben die Tarife nicht ändern, so hat das zur Folge, dass diese Ungleichheit verschärft wird, indem gerade die hohen Einkommen wiederum nicht zur Kasse gebeten werden und die Teuerung vor allem die unteren und die mittleren Einkommen trifft. Mein Antrag hat Mehrerträge von 145 Millionen zur Folge in der jetzigen und 185 Millionen Franken in der nächsten Steuerperiode. Das sind keine riesigen Erträge, weil die Progression nicht so viel mehr ausmacht, wenn man bei den gleichen Sätzen bleibt. Aber wir könnten dieses Geld doch brauchen, und nach meiner Meinung ist es auch psychologisch nicht schlecht, den Stimmbürgern sagen zu können: «Wir können dich leider nicht verschonen, aber wir nehmen diesmal auch die höheren Einkommen etwas dran.» Ich bitte Sie, dem Antrag Folge zu leisten.

**Le président:** Je donne la parole à M. Stich, qui motivera la proposition de la minorité de la commission. Etant donné l'interdépendance de toutes ces propositions, nous sommes obligés de les traiter ensemble.

**Stich, Berichterstatter der Minderheit:** Ich finde es ein seltsames Vorgehen, hier alle diese Minderheitsanträge gleichzeitig behandeln und diskutieren zu müssen, ohne dass sie zwischenhinein bereinigt werden. Von mir aus gesehen, könnte man ganz gut das Problem der natürlichen Personen zuerst entscheiden, dann das der juristischen Personen und schliesslich das dritte Problem. Es ist nicht sinnvoll, wenn ich hier nun zuerst ganz generell zum Antrag Peyrot Stellung nehme, dann zu den juristischen Personen und endlich zum Harmonisierungszuschlag; aber es ist offensichtlich die Meinung des Herrn Generalsekretärs, und deshalb machen wir es so.

Ich habe Ihnen hier einen Minderheitsantrag eingereicht, bei der Besteuerung der juristischen Personen auf 7 Prozent zu gehen. Auf den ersten Blick scheint es erstaunlich, dass wir hier eine tiefere Zahl als die Kommissionsmehrheit haben. Doch der Schein trügt hier, denn hier schlagen wir Ihnen eine Aenderung des Steuersystems vor. Wir haben heute bei den juristischen Personen den sogenannten Dreistufentarif, d. h. die Steuer wird je nach der Rendite abgestuft, im Grunde genommen eine Anleihe bei der Besteuerung der natürlichen Personen. Offenbar hat man in früheren Zeiten einmal angenommen, wenn man die natürlichen Personen nach der Höhe des Einkommens besteuere, so müsse man die juristischen unbedingt nach der Höhe der Rendite besteuern. Allerdings trügt auch hier der Schein; man muss sich nämlich überlegen, wie sich das praktisch auswirkt. Nehmen wir einmal an, wir hätten zwei Gesellschaften. Beide hätten totale Betriebsmittel von 500 000 Franken. Die Firma A habe 50 000 Franken Eigenkapital und 450 000 Franken Fremdkapital. Die Firma B hingegen habe 500 000 Franken Eigenkapital und kein Fremdkapital. Beide Firmen hätten den gleichen Ertrag von 20 000 Franken erwirtschaftet. Im diesem Fall ist bei der Firma A, die 500 000 Franken Eigenkapital hat, die Rendite 4 Prozent, hingegen bei der Firma B, die 50 000 Franken Eigenkapital hat, die Rendite 40 Prozent. Das bedeutet, dass die kapitalstarke Gesellschaft, die nur mit Eigenkapital arbeitet, nach jetzigem Steuersystem auf die Minimalsteuer kommt, also auf 4 Prozent, und keinen Zuschlag bezahlen muss. Hingegen hat die andere Firma, die nur 50 000 Franken Eigenkapital hat und 450 000 Fremdkapital, eine höhere Rendite, nämlich von 40 Prozent; für diese Firma gilt dann der maximale Steuersatz, also nach Kommissionsantrag jetzt 9,8 Prozent. Sie werden zugeben

müssen, dass hier die Relationen nicht stimmen; denn der wirklich Starke zahlt weniger als die wirtschaftlich schwächere Gesellschaft. Das kann nicht sehr sinnvoll sein! Deshalb schlagen wir Ihnen vor, auf eine proportionale Besteuerung von 7 Prozent überzugehen. Das bringt gesamthaft vielleicht etwa 170 Millionen Franken mehr als wir nach dem Dreistufentarif erhalten würden.

Man muss sich hier bei diesen Besteuerungsfragen natürlich auch überlegen: Hat es einen Sinn, in einem solchen Paket überhaupt eine Abänderung vorzuschlagen? Sollte man das nicht auf das grosse Paket verschieben? Wenn ich immer wieder mit grundsätzlichen Aenderungen zum Steuersystem in solchen Debatten antrete, dann hat es nur den einen Grund, dass ich persönlich nicht daran glaube, dass wir in der Schweiz fähig sind, unser Steuersystem von einem Tag auf den anderen grundsätzlich von einem mittelalterlichen System in ein modernes System umzuwandeln. Daran glaube ich nicht mehr; das ist vielleicht eine Alterserscheinung! Trotzdem sollten wir keinen Versuch unterlassen, endlich wieder einen kleinen Schritt vorwärts zu tun, und hier, bei den juristischen Personen, wäre es ein kleiner Schritt. Dieser Schritt hätte auch gewisse administrative Vorteile. Das möchte ich vor allem den Herren hier sagen, die zwar dauernd vom Sparen reden und dabei im Grunde genommen nur an den Abbau von Teuerungszulagen, von AHV-Leistungen usw. denken. Hier könnte man tatsächlich etwas einsparen; diese Renditebesteuerung führt dazu, dass die Unternehmen sich so einrichten müssen, dass, wenn sie z. B. in einem Jahr einen grossen Ertrag gehabt haben und sie rechnen im nächsten Jahr mit einem kleineren, sie versuchen werden, einen Teil des Reinertrages in die Reserven bzw. in stille Reserven zu legen und den Gewinnausweis auf das nächste Jahr verschieben. Das ist via Lagerbestände usw. relativ einfach. Hier könnte einiges einfacher werden, weil man nicht immer wieder kontrollieren müsste, ob nicht auf irgendeine Art Reingewinn auf spätere Jahre verschoben worden ist. Wenn man dazu käme, würde sich wirklich eine administrative Einsparung ergeben.

Nun vertrete ich nach Wunsch und Willen des Herrn Generalsekretärs auch gleich den zweiten Minderheitsantrag, der vorschlägt, in Artikel 41 Absatz 3 einen Buchstaben d aufzunehmen: «Auf hohen Einkommen kann ein Harmonisierungszuschlag von 10 Prozent erhoben werden.» Ich will keine grossen Statistiken vortragen, um zu zeigen, wie unterschiedlich die Steuerbelastung insbesondere bei den hohen Einkommen ist. Sie ist natürlich auch in den unteren Einkommen schon sehr gross. Bei den oberen sollte man aber dafür sorgen, die Unterschiede zu reduzieren. Für Leute mit grossem Einkommen ist es meistens relativ einfach, den Arbeits- oder Wohnort so zu verlegen, dass weniger Steuern bezahlt werden müssen. Diese Leute können irgendwo arbeiten und dann z. B. in Hergiswil oder sonstwo Wohnsitz nehmen. Das ist relativ einfach, bringt aber viel ein, weil man damit viel Geld spart, wenn man den Wohnsitz an den «richtigen» Ort verlegt.

Hier möchten wir nun einen Zuschlag von 10 Prozent auf den Einkommen über 120 000 Franken erheben, sofern Kantone und Gemeinden insgesamt nicht bereits 24,5 Prozent Steuern erheben. Diese Zahl ist nicht etwa besonders willkürlich gewählt worden. Das ist vielmehr jene Grenze, die die nordwestschweizerischen Finanzdirektoren als eine erstrebenswerte Belastungsgrenze bei diesem Einkommen betrachten. Was darüber ist, würde dann mit 33 Prozent belastet werden müssen bzw. bis zu diesem Punkt angerechnet werden.

Der Vorteil einer solchen Lösung liegt darin, dass man damit mindestens einen gewissen Ausgleich schaffen kann. Ich habe die Vernehmlassungen der Kantone, Parteien und Organisationen zu meiner Einzelinitiative und den Vorschlägen der Finanzdirektoren gründlich studiert und festgestellt, dass diese im Grunde genommen ein Spiegelbild der auch hier vertretenen Meinung darstellen. Das geht von den Grundsätzen der Finanzdirektoren bis

zur vollständigen materiellen Harmonisierung. Nächste Woche wird übrigens bereits wieder eine Kommissionssitzung stattfinden, dann kommt auch noch die Landesring-Initiative in Diskussion; das ist auch eine Art parlamentarischen Sparens, wenn man für den gleichen Gegenstand drei verschiedene Kommissionen einsetzt.

Wenn aber davon ausgegangen wird, dass man dann dort auch zu keiner Lösung kommt, ist es sicher richtig, jetzt wenigstens die krassen Unterschiede der steuerlichen Belastung zu beseitigen. Man muss sich bewusst sein, dass die WUST in der Vorlage vom 8. Dezember einerseits schon wegen des Vorgaukelns von Sparmassnahmen und der Alternative der Ausgabenbremse abgelehnt wurde, aber auf der anderen Seite – Frau Uchtenhagen hat das bereits dargelegt – gab es sowohl bei uns wie in bürgerlichen Kreisen viele Leute, die es als nicht richtig erachteten, einfach die indirekten Steuern zu erhöhen und die grossen Einkommen dauernd durchschlüpfen zu lassen.

Nun muss auch zum Antrag Peyrot noch ein Wort gesagt werden: Für uns ist die Aufnahme der Wehrsteuer wirklich eine Bedingung. Es geht nicht an, einfach zu erklären, man müsse nur einen Ausgleich schaffen für den Wegfall der Zölle. Der Bund hat auch zusätzlich viele Aufgaben übernommen und Aufwendungen gehabt, an die alle Bevölkerungsteile mitbezahlen sollen, und zwar nach unserer Meinung gemäss ihrer Leistungsfähigkeit. Diese Leistungsfähigkeit wird bei uns sicher nicht überall genügend besteuert.

Die hier nun gefassten Beschlüsse – Sie haben ja nicht selber entscheiden wollen, wo gekürzt werden soll bzw. welche Gesetze zu ändern seien – werden wahrscheinlich spätestens im März ein bitteres Erwachen auch im Volke mit sich bringen. Dann wird das Volk nämlich drastisch sehen, was Sie unter Sparen verstehen. Dann wird das Volk nämlich merken, dass es sowohl beim Brot, bei Butter usw. mehr bezahlen muss. Es ist anzunehmen, dass der Bundesrat auch die Zuschläge auf Fetten und Oelen zum Ausgleich erhöhen wird, obwohl hier die Relation wirklich nicht mehr gegeben ist, da diese heute bereits teurer sind als die verbilligte Kochbutter. Dazu kommen AHV-Prämien und WUST usw. Stellen Sie sich einmal vor, was das Volk zu einer solchen Vorlage und einer solchen Politik sagen wird, wenn Sie nicht bereit sind, die grössten Ungerechtigkeiten in der Schweiz zu beseitigen.

Deshalb bitte ich Sie, unseren Minderheitsanträgen zuzustimmen und den Antrag Peyrot abzulehnen.

**Bürgli:** Die Ausführungen der Kollegin Uchtenhagen und diejenigen von Herrn Stich veranlassen mich zu einigen Bemerkungen.

Zunächst zum Höchstsatz bei der direkten Bundessteuer. So einfach wie Frau Uchtenhagen die Sache darstellt, ist das nun doch nicht. Je mehr wir bei der Wehrsteuer die Sätze erhöhen, desto mehr bewegen wir uns im Steuersubstrat der Kantone und der Gemeinden. Dieser Tatsache wollen wir uns doch sehr bewusst bleiben. Diejenigen Kantone, welche ihre Steuergesetzgebung in der letzten Zeit anpassten, haben die Sätze auf den hohen und höchsten Einkommen zum Teil massiv erhöht. Wir können demzufolge eine Satzerhöhung im Bund nicht ohne Berücksichtigung dieser Höchstsätze in den Kantonen beurteilen. Wenn wir von diesen neuen Steuergesetzen ausgehen, dann stellen wir fest, dass Kantons- und Gemeindesteuer, Bundessteuer und die AHV-Beiträge zusammen bei den höchsten Einkommen eine Gesamtbelastung ergeben, die 50 Prozent öfter übersteigt. Da kann man sicherlich nicht mehr von einer Schonung dieser Einkommen sprechen. Vergleiche mit dem Ausland sind immer problematisch, weil es sehr auf die Steuerpraxis ankommt. Durch meine wirtschaftliche Tätigkeit ist mir bekannt, in welch grossem Umfang beispielsweise in den Vereinigten Staaten oder in der Bundesrepublik den Managern mit hohen Einkommen sogenannte «fringe benefits» gewährt werden, also Einkommensteile, die durch eine bestimmte Konstruktion der

Besteuerung nicht unterliegen. Wir sollten unsere Wirtschaft nicht in die gleiche Praxis hineindrängen. Nun der Satz von 15 Prozent: Dieser hat in der Geschichte der schweizerischen Bundesfinanzen eine gewisse Berühmtheit erlangt. Es gab nämlich einmal einen Bundesrat, der eine Vorlage mit diesem Höchstsatz vorschlug. Er konnte das Parlament dazu überreden, diesen Höchstsatz zu akzeptieren. Aber es gab nachher vor der Abstimmung eine Revolte in den Kantonen, an die ich mich noch sehr wohl erinnern mag. Dann gab es den 6. Dezember 1953 mit einem grossen Debakel in der Abstimmung und mit einer Demission des erwähnten Departementschefs namens Max Weber. Ich möchte Ihnen aufgrund dieser Erfahrung nahelegen, die Uebung 15 Prozent nicht zu wiederholen.

Die juristischen Personen: Gerade aus dem Mittelalter, verehrter Kollege Stich, stammt der jetzige Tarif nicht. Sie haben von der Beseitigung mittelalterlicher Zustände in unserem Steuerwesen gesprochen. Es handelt sich um einen Dreistufentarif, der die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit nach Rendite berücksichtigt. Man kann über diesen Tarif bestimmt reden; aber er hat den einen grossen Vorteil, dass er überblickbare Verhältnisse schafft. Der Antrag von Herrn Stich würde nun die ganze Struktur der steuerlichen Erfassung der juristischen Personen drastisch verändern. Auf eine einfache Formel gebracht, kann man sagen, dass die Firmen mit kleinerer Rendite erheblich mehr Steuern bezahlen müssten. In gewissen Fällen würde das bis zu einer Verdoppelung gehen. Die stärkeren Firmen hingegen bekämen zum Teil eine substantielle Steuerersparnis. Ob das nun gerade der Schuss ins Schwarze für die Besteuerung der juristischen Personen ist, wage ich zu bezweifeln. Wir sollten im Rahmen unserer Uebung, die unter Zeitdruck steht, auf diesem Gebiet keine Improvisation vornehmen.

Das gleiche möchte ich zum Vorschlag über die Harmonisierung sagen. Die Harmonisierung des Steuerwesens in der Schweiz ist ein heikles psychologisches Problem im föderalistischen Bereich. Wir haben gestern deutliche Reflexe dieses Föderalismus im Rate zur Kenntnis nehmen müssen. Ich bin der Meinung, dass wir auf diesem Klavier in dieser Beratungsrunde nicht weiterspielen sollten. Das Problem der Harmonisierung muss geprüft werden. Es bedarf aber sorgfältiger Erdauerung. Das ist das mindeste, was man verlangen muss. Aus diesen Erwägungen möchte ich Sie bitten, alle soeben begründeten Minderheitsanträge abzulehnen und auf der mittleren Linie der Kommission zu bleiben.

**Eisenring:** Wir stehen vor der Tatsache, dass wir auf den 6. Juni hin eine eidgenössische Volksabstimmung vorzubereiten haben. In der bisherigen Debatte wurde nun unter den verschiedensten Titeln eine Ausdeutung des Themas «Was ist aus dem 8. Dezember zu folgern?» vorgenommen. Eine Ausdeutung fehlt bisher: nämlich die Ausdeutung, wonach der Bürger am 8. Dezember unter allen Umständen auch noch für noch höhere Steuern demonstriert hätte! Das tat er nämlich nicht. Was wir bisher im Blick auf den 6. Juni zustande gebracht haben, ist aber nicht gerade erbaulich. Lange Eintretensdebatten, schon Gehörtes usw. Nun sind wir aber bereits beim Punkte angelangt, da wir auf den Schienen des bereits erlittenen Misserfolges weiterfahren.

Herr Peyrot hat nun das Grundsatzproblem in bezug auf direkte und indirekte Steuern aufgeworfen. Es war zwar nicht das Anliegen des Bundesrates, auch bei der Wehrsteuer zuzugreifen. In der Kommission wurde der Grundsatzentscheid, ob mit oder ohne Wehrsteuer, mit 10 zu 15 getroffen.

Der Antrag Peyrot hat also immerhin noch seine echte Bedeutung, und die Argumente, die von ihm gegen diese Steuererhöhung angeführt worden sind, stehen nun ganz einfach im Raum. Sie stehen insbesondere im Raum, wenn wir in der Vorlage, die uns unterbreitet wird, den Grundsatz aufnehmen, dass bei der Festsetzung der Tarife auf



die Belastungen durch die direkten Steuern der Kantone und Gemeinden angemessen Rücksicht zu nehmen sei. Wo bleibt diese Rücksicht? Der Streit kann sich wohl nur darum drehen, was angemessen ist. Hier gehen natürlich die Meinungen auseinander.

Angesichts der Kumulation der Steuerbelastungen bei Gemeinden, Kantonen und Bund möchte ich immerhin feststellen, dass wir der nun offenbar von verschiedener Seite versuchten «Euthanasie der Steuerzahler» irgendwann eine Grenze setzen müssen. Dieser Prozess – Herr Bürgi hat auf die heute bereits erreichten hohen Steuersätze hingewiesen – kann nicht einfach mit Schlagworten beliebig fortgesetzt werden.

In zweiter Linie ist festzuhalten, dass die Vorlage des Bundesrates, auch in Komplementierung mit den Mehrheitsanträgen der Kommission zur Wehrsteuer, eigentlich eine Fortschreibung der nicht mehr existenten günstigen Wirtschaftslage bedeutet. Die Hinweise, mit diesen und jenen Vorschlägen würden diese und jene zusätzlichen Steuereinnahmen fliessen, sind überhaupt nicht mehr fundiert. Wir werden es erleben, dass sowohl bei den natürlichen wie bei den juristischen Personen die Erträge nicht unwesentlich zurückgehen werden. Nun ist in der bisherigen Debatte unter jedem Titel in bezug auf die Gestaltung der Bundesausgaben der Grundsatz festgehalten worden, es dürften unter keinen Umständen Eingriffe dort vorgenommen werden, wo durch Bundesbeiträge oder durch direkte Bundesaufträge Investitionsvolumen ausgelöst und damit Arbeitsplätze gesichert werden.

Ich kann mich diesen Überlegungen in vollem Umfang anschliessen. Allerdings möchte ich sagen, dass, bezogen auf die Bundesausgaben direkter oder indirekter Natur, soweit sie in den Investitionsbereich gehen, die Relationen auch nicht überschätzt werden sollen. Ich will hierzu nun aber eine andere Frage stellen: Wir haben uns die ganze Woche über die notwendige Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand unterhalten. Aber was tun wir eigentlich für die Förderung der Investitionstätigkeit der übrigen öffentlichen Wirtschaft sowie der privaten Wirtschaft? In diesem Bereich geschieht herzlich wenig. Und hier greife ich nun zu einer anderen Bundesvorlage, nämlich zum neuen Konjunkturartikel. Hier möchte ich doch fragen: Wie verhält sich die Steuervorlage, wenn wir auch noch die Wehrsteuer heraufsetzen, zu diesem Konjunkturartikel? Wir haben den Konjunkturartikel in diesem Saal zwar eindrücklich unter der Zielrichtung «Bekämpfung der Teuerung und der inflationären Auftriebskräfte» vertreten. Man hat daraus aus dem früheren Artikel 31quinquies noch die Krisenbekämpfung eingebaut. Vielleicht hat die Krisenbekämpfung und die Sicherung der Arbeitsplätze in Zukunft einen höheren Stellenwert als die Teuerungsbekämpfung, die allerdings auch nicht vernachlässigt werden soll. Wenn es dem Parlament mit der Förderung der Investitionen aber so ernst ist, wie es diese Woche in bezug auf die bundesseitigen Investitionen gesagt worden ist, so müssten wir in ersten Linie die Wehrsteuer nicht nur belassen, sondern diese senken. Dadurch würden in der privaten und öffentlichen steuerpflichtigen Wirtschaft Investitionsvolumen ausgelöst. Ich möchte Ihnen sagen: Wenn die private oder die öffentliche Wirtschaft eine Million investiert, so resultieren daraus wesentlich mehr Arbeitsplätze, als wenn der Bund nach dem Giesskannensystem diese Million in der Form von Subventionen verteilt und zwischendurch auch noch die ganze Bürokratie bezahlt werden muss.

Nun werden immer wieder Vergleiche mit dem Ausland angestellt. Ich habe es bald satt, diese «Internationale der Zahlenakrobaten» zu verfolgen, denn sie wird nur aktiv, wenn die Akrobatik zugunsten des Bundeshaushaltes spricht, nicht aber dann, wenn ausländische Beispiele uns einmal einen anderen Weg weisen würden. Ich erinnere, dass Amerika derzeit infolge der Arbeitslosigkeit 12 Milliarden Dollar bereits 1974 geleistete Steuern zurückerstattet, um die Investitionstätigkeit anzuregen. Zurückerstattet werden direkte Steuern. Damit wird der Weg eröff-

net, um die Investitionstätigkeit wieder anzuregen. Ich habe daher an den Bundesrat eine Frage zu richten: Wo kann der Bundesrat die Uebereinstimmung sehen zwischen dieser Vorlage mit der Erhöhung der Wehrsteuer und dem Konjunkturartikel, wo ebenfalls Steuerrückvergütungen vorgesehen sind, um die Investitionstätigkeit wieder anzuregen? Der Bundesrat hat sich der Konzeption «Erhöhung der Wehrsteuer» angeschlossen, der Ständerat in seinen bisherigen Beratungen ebenfalls. Aber die Kongruenz zwischen dieser Vorlage und der Vorlage, über die wir im März abstimmen sollen, ist nicht vorhanden. Man kommt damit – um darauf zurückzukommen, was ich eingangs erwähnte – wieder auf die ausgefahrenen Schienen des 8. Dezember 1974 zurück. Man belastet den Zug, ohne die Konsequenzen zu sehen. Was wir hier betreiben, ist reine Fiskalpolitik und keine Globalpolitik. Ich bin über diese Entwicklung nicht unbesorgt. Ich habe daher Verständnis für den Antrag Peyrot, und ich möchte ihn unterstützen, wobei ich allerdings sehe, dass die meisten sagen werden: Wir müssen die Politik der Steuerzwillinge eben doch weiter verfolgen!

Wir haben eine Politik der Hektik in der Finanzpolitik eingeschlagen. Ob das gut herauskommt, das möchte ich allen Ernstes bezweifeln. Wenn es so weitergeht, können wir in der Schweiz auch noch die Uhrenindustrie abschaffen; denn in der Finanzpolitik ist es bereits immer fünf vor zwölf! Auch heute steht es wieder fünf vor zwölf.

Ich bitte den Bundesrat, mir Auskunft zu erteilen, ob er die Wehrsteuererhöhung in Kongruenz sieht zum Konjunkturartikel, und wie er sich zu der hier erklärten Notwendigkeit der Investitionsförderung und der Investitionsbereitschaft der öffentlichen und der privaten Wirtschaft vom politischen Standpunkt aus stellt.

**Bächtold-Bern:** Mit dem Sparbefehl der Stimmbürger und der Räte können verschiedene Aufgaben des Bundes und der Kantone nicht oder erst später erfüllt werden. Ich bin überzeugt, dass sich die wenigsten Stimmbürger am 8. Dezember bewusst waren, dass sie die Konsequenzen der Sparübung am eigenen Leibe zu spüren bekommen werden. Vieles, das jetzt zurückgestellt wird, muss später nachgeholt werden. Dafür werden wir neue Mittel benötigen. Ich denke dabei an den Umweltschutz, an die Raumplanung, aber auch an eine eventuell nötig werdende Einsparung zur Belebung der Wirtschaft. Ich habe in meinem Eintretensvotum darauf hingewiesen, dass wir um die Beschaffung neuer Mittel nicht herumkommen werden. Es sind während der fetten Jahre seit dem Zweiten Weltkrieg grosse Vermögen entstanden, so dass der Gedanke einer Vermögensabgabe oder einer Reichtumssteuer oder ähnlicher Abschöpfungsmassnahmen wieder herumgeistert. Um solchen Ideen zuvorkommen, ist eine Verschärfung der Wehrsteuer ohne Zweifel richtig. Ich muss sagen, dass mir aus sozialpolitischen Gründen und wegen ihrer preistreibenden Wirkung die Erhöhung der WUST unsympathisch ist. Aber in der heutigen Situation stimme ich, der Not gehorchend, der Erhöhung der WUST zu. Anders liegt es bezüglich Sympathie bei der Wehrsteuer. Wir alle in diesem Saale werden wohl von einer Verschärfung der Wehrsteuer irgendwie getroffen werden. Wenn wir hier zustimmen, gehen wir also mit gutem Beispiel voran und werden beim Volk wieder glaubwürdig. Ich werde daher überall für die maximale Erhöhung eintreten.

Gestatten Sie mir, noch einige Gedanken in bezug auf die Steigerung der öffentlichen Ausgaben zu äussern. Ich habe vor einigen Jahren in der «Technischen Rundschau» einen Artikel veröffentlicht mit dem Titel «Nach uns die Sintflut». Anhand von Entwicklungskurven, auch in bezug auf die Infrastruktur und die Belastung unseres Lebensraumes, zeigte ich, dass eine solche Entwicklung nicht sehr lange anhalten könne. Zur gleichen Zeit, als dieser Artikel erschien, vertrat ein prominenter Nationalökonom die Meinung, die exponentielle Entwicklung auf allen Gebieten werde weitergehen. Der bekannte Professor stellte

eine weitere exponentielle Steigerung der Wirtschaft und der Einkommen voraus, so dass man den Eindruck bekommen musste, das Wirtschaftswunder gehe ewig weiter. Die zünftigen NationalökonomInnen haben sich offenbar geirrt; es ist nicht das erstemal! Mit meinem Artikel wollte ich zeigen, dass die Aufgaben des Staates gewaltig zunehmen werden, weil zur Erhaltung unseres Biotops enorme Aufwendungen unerlässlich sind, dass die grosse Bevölkerungsdichte, der hohe Technisierungsgrad und damit der entsprechende Wohlstand dem Staat immer mehr Aufgaben zuweisen.

Wir haben viele Jahre auf Vorschuss Wohlstand genossen. Heute müssen wir den Vorschuss zurückbezahlen. Deshalb bin ich für jede Verschärfung der Steuern, besonders nach oben, und trete deshalb für den Antrag von Frau Uchtenhagen ein.

**Diethelm**, Berichterstatter der Mehrheit: Vorerst eine Vorbemerkung in bezug auf das Verfahren: Herr Kollega Stich und ich waren ursprünglich der Meinung, man hätte die Verhandlungen in umgekehrter Form abwickeln können. Nach Konsultation des Geschäftsreglementes stellte ich fest, dass sie genau im Sinne dieser Bestimmungen ablaufen, und ich möchte daher die Kritik gegenüber unserem Generalsekretär korrigieren. Artikel 73 des Geschäftsreglementes lautet nämlich: «Unterabänderungsanträge kommen vor den Abänderungsanträgen, diese vor den Hauptanträgen zur Abstimmung.» Damit dürfte das richtiggestellt sein!

Nun zu den Abänderungsanträgen: Zum Antrag von Frau Uchtenhagen: Die heutige Wehrsteuer natürlicher Personen, deren Tarif durch das Bundesgesetz vom 21. März 1973, «Ausnützung der sogenannten Flexibilitätsreserve und Tarfstreckung zum Ausgleich der Folgen der kalten Progression» festgelegt ist, kennt zurzeit eine Maximalbelastung mit dem ausgeschöpften Zuschlag von 10,45 Prozent, welche bei einem steuerpflichtigen Einkommen von 242 900 Franken erreicht wird. Ihre Kommission beantragt nun, die Maximalbelastung für natürliche Personen von 10,45 auf 11,5 Prozent zu erhöhen, was bedeutet, dass die letzte Teilstufenbelastung von 12 Franken pro je 100 Franken Einkommen über 242 900 Franken hinaus weitergeführt wird; die Höchstbelastung von 11,5 Prozent wird bei einem Einkommen von 392 900 Franken erreicht. Die Mehrbelastung, die durch die Kommissionsanträge nun geschaffen wird, betrifft Einkommen von über 242 900 Franken. Diese Korrektur erbringt einen Mehrertrag von brutto 40 Millionen Franken.

Der Antrag von Frau Uchtenhagen will die Maximalbelastung natürlicher Personen auf 15 Prozent ansetzen. Dazu muss der heutige Wehrsteuertarif natürlicher Personen durch eine zusätzliche Teilstufe von 14 Franken plus 10 Prozent – das macht 15,4 Prozent – ab einem Einkommen von 120 000 Franken ergänzt werden. Die Maximalbelastung von 15 Prozent würde dabei bei einem steuerbaren Einkommen von 2 329 900 Franken erreicht. Der Mehrertrag aus dieser Progressionserhöhung würde brutto 145 Millionen Franken ausmachen, wobei alle Einkommen ab 120 000 Franken eine Mehrbelastung gegenüber heute erfahren würden.

Die Kommissionsmehrheit hat Wert darauf gelegt, bei den Maximalsätzen sowohl bei der WUST wie bei der Wehrsteuer unter den Sätzen der am 8. Dezember 1974 abgelehnten Steuervorlage zu bleiben. Vergleich: Bei der WUST anstatt 6 und 9 Prozent in der abgelehnten Vorlage nun 5,6 und 8,4 Prozent; bei der Wehrsteuer statt 12 nun 11,5 Prozent; bei den Steuern juristischer Personen statt 10 nun 9,8 Prozent. Der Antrag Uchtenhagen geht mit 15 Prozent bei den natürlichen Personen ganz wesentlich über die Ansätze der am 8. Dezember 1974 abgelehnten Steuervorlage hinaus. Diese Ansätze stellen eine referendumspolitische Belastung der neuen Vorlage dar. Die Kommissionsmehrheit hat sie in diesem Sinne interpretiert,

so dass ich Ihnen namens Ihrer Kommissionsmehrheit beantragen muss, den Antrag abzulehnen.

Herr Muret verlangt in Artikel 41ter Absatz 5 Buchstabe c einen Maximalsatz für die Besteuerung der natürlichen Personen von 15 Prozent, bei gleichzeitiger Erhöhung der steuerbaren Minima auf 14 000 Franken (heute 9700 Franken) für ledige Personen und auf 17 000 Franken (heute 12 200 Franken) für verheiratete Personen; überdies einen Maximalsatz von 16 Prozent (heute 8,8 Prozent), gemäss den Anträgen unserer Kommission 9,8 Prozent, für die Besteuerung des Reinertrages juristischer Personen.

Ferner verlangt Herr Muret einen Ansatz von 1,7 Promille für die Besteuerung des Kapitals und der Reserven der juristischen Personen. Sowohl die nationalrätliche wie die ständerätliche Kommission beantragen hier, bei 0,825 Promille zu bleiben.

Die in Artikel 41ter festgelegten Maximalsätze bilden den verfassungsmässigen Rahmen, der nach Artikel 41ter Absatz 6 der Ausführung durch die Bundesgesetzgebung oder aber der entsprechenden Aenderung von Artikel 8 der Uebergangsbestimmungen bedarf. Herr Muret sieht in seinem Antrag die sofortige Verwirklichung der in Artikel 41ter vorgeschriebenen Höchstbelastungen lediglich für die Steuer vom Reinertrag der juristischen Personen vor, indem er eine Aenderung von Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe c der Uebergangsbestimmungen vorschlägt, in welcher die Verdoppelung der bisherigen Ansätze des Dreistufentarifs von 3,3/3,3/4,4 auf 6,6/6,6/8,8 Prozent gefordert wird.

Würde der Antrag Muret in der vorgelegten Fassung beschlossen, ergäbe sich bei einem Dreistufentarif von 6,6/6,6/8,8 Prozent (eine Maximalbelastung von 16 Prozent, die bereits bei einer Rendite von 16,14 Prozent erreicht würde, statt heute bei 22 Prozent) bei der Steuer vom Reinertrag der juristischen Personen gegenüber dem geltenden Recht ein Mehrertrag von 1180 Millionen Franken, also eine Zunahme um 91 Prozent. Gegenüber dem Antrag der beiden Finanzkommissionen würde der Mehrertrag 130 Millionen Franken ausmachen.

Nimmt man an, dass Herr Muret nun die in Artikel 41ter Absatz 5 vorgesehene Aenderung für natürliche Personen (Maximalsatz 15 Prozent, mit erhöhten Freigrenzen) und für die Kapitalsteuer der juristischen Personen (1,7 Promille) sofort verwirklichen will, so wären entsprechende Aenderungen in Artikel 8 Absatz 3 Buchstaben b und c gegenüber dem Vorschlag der Kommission vorzunehmen. Für den Tarif zur Besteuerung des Einkommens der natürlichen Personen könnte man grundsätzlich vom Antrag Uchtenhagen ausgehen, der ebenfalls eine Maximalbelastung von 15 Prozent vorsieht, aber unter Berücksichtigung der wesentlich erhöhten Freigrenze gemäss Antrag Muret.

Die erwähnten Massnahmen hätten folgende Auswirkungen: Bei den natürlichen Personen Mehrertrag gegenüber heute gemäss Antrag Uchtenhagen (neue Teilstufe von 15,4 Prozent ab 120 000 Franken Einkommen) 145 Millionen Franken; Minderertrag infolge Erhöhung der Freigrenze nach Antrag Muret 160 Millionen Franken, also Minderertrag 15 Millionen Franken. Bei den juristischen Personen: Mehrertrag infolge einer etwas mehr als verdoppelten Kapitalsteuer (1,7 statt 0,825 Promille) 170 Millionen Franken. Aus der Besteuerung der juristischen Personen würde gemäss Antrag Muret mithin ein Mehrertrag gegenüber der geltenden Ordnung von über 1,3 Milliarden Franken resultieren, also mehr als das Zehnfache gemäss den Anträgen der beiden Finanzkommissionen. Demgegenüber ergäbe sich aus den vorgeschlagenen Aenderungen bei der Besteuerung der natürlichen Personen infolge der massiven Erhöhung der bereits hohen Freigrenze sogar ein Minderertrag von 15 Millionen Franken. Der Antrag verlagert also die Mehrerträge, insbesondere wenn man bedenkt, dass Herr Muret auch Artikel 41ter Absatz 3 BV noch streichen wollte, in einem extremen Ausmass. Namens Ihrer Kommission muss ich Ihnen beantragen, diesen Antrag ebenfalls abzulehnen.

Zum Antrag unseres Kollegen Stich in bezug auf die proportionale Besteuerung vom Reinertrag der juristischen Personen: Herr Stich hat bereits bei der Beratung der letzten Vorlage am 20. Mai 1974 beantragt, einen proportionalen Satz von 8 Prozent für die Besteuerung des Reinertrages der juristischen Personen anzuwenden. Der Antrag wurde damals in der Kommission mit 12 zu 7 Stimmen abgelehnt und ist im Rat nicht aufgenommen worden. Im jetzigen Antrag ist der proportionale Satz um 1 auf 7 Prozent gesenkt worden, würde aber 1976 noch einen erheblichen Mehrertrag von 265 Millionen Franken einbringen. Die Steuer vom Reinertrag nach geltendem Recht erbringt 1,305 Milliarden Franken.

Zum Antrag ist folgendes zu bemerken: Nach geltender Ordnung – Dreistufentarife bereits von Herrn Bürgi erwähnt – wird eine Belastung von 7 Prozent bei einer Rendite von 12,1 Prozent erreicht. Ein proportionaler Satz von 7 Prozent hätte zur Folge, dass alle Kapitalgesellschaften und Genossenschaften mit einer Rendite von unter 12,1 Prozent höher, Gesellschaften und Genossenschaften mit einer höheren Rendite dagegen weniger belastet würden als nach dem geltenden Recht. Gemäss den Ergebnissen der Wehrsteuer 15. Periode, letzte statistische Ergebnisse Steuerjahre 1969 und 1970, ergäbe sich die nachstehende zahlenmässige Auswirkung: Total Gesellschaften damals mit einem Reinertrag 48 967, davon ergäbe sich eine Mehrbelastung bei 32 452 Gesellschaften, eine Minderbelastung bei 16 515 Gesellschaften. Die Mehr- und Minderbelastungen gemäss Antrag Stich gegenüber dem geltenden Recht und den Beschlüssen der beiden Kommissionen könnten mit einigen Beispielen erklärt werden. Bei einer Rendite von 4 Prozent bei einem steuerbaren Ertrag von 40 000 Franken beträgt die Steuer nach geltendem Recht 1320 Franken, nach dem Beschluss unserer Kommission in Uebereinstimmung mit der Kommission des Ständerates eine Steuer von 1452 Franken, nach Antrag Stich eine Steuer von 2800 Franken. Bei einem steuerbaren Ertrag von 250 000 Franken würde die Steuer nach geltendem Recht 22 000 Franken betragen, nach Antrag unserer Kommission 24 200 Franken und nach Antrag Stich 17 500 Franken. Bei einem Reinertrag von einer Million Franken würde die Steuer nach geltendem Recht 88 000 Franken, nach den Beschlüssen unserer Kommission 96 800 Franken und nach Antrag Stich 70 000 Franken betragen. So sehr an sich in den letzten Jahren die Tendenz zu einem Uebergang, zu einer proportionalen Besteuerung des Reinertrages für juristische Personen etwas für sich hat, so sehr muss man sich natürlich fragen, ob angesichts der jüngsten wirtschaftlichen Entwicklung die Belastung der grossen Mehrheit von Gesellschaften in diesem Ausmass verstärkt werden soll. Die Frage wird ohnehin wieder im Zusammenhang mit der Steuerharmonisierung geprüft werden müssen, und es stehen verschiedene Vorschläge im Raum. Diese Gründe haben die Mehrheit Ihrer Kommission veranlasst, den Antrag Stich abzulehnen.

Zum Antrag unseres Kollegen Stich in bezug auf die Zuschläge, d. h. den Harmonisierungszuschlag auf hohen Einkommen natürlicher Personen: Gemäss Antrag unseres Kollegen Stich soll auf Einkommensteilen über 120 000 Franken durch den Bund ein Zuschlag von 10 Prozent erhoben werden. Der Zuschlag hätte sich soweit zu ermässigen, als die allgemeinen Steuern des Kantons und der Gemeinden die folgenden Belastungen übersteigen: 24,5 Prozent bei 120 000 Franken Einkommen, 33 Prozent bei den 120 000 Franken übersteigenden Einkommensteilen. Aus dem Zuschlag wären vor Berücksichtigung der Ermässigung gegenüber dem geltenden Recht in den Jahren 1976 und 1977 Mehrerträge von jährlich 410 Millionen Franken zu erwarten. Nach dem Antrag wäre eine Ermässigung des Zuschlages vorgesehen, für deren Ausmass eine Belastungsgrenze bei den Kantons- und Gemeindesteuern vom Einkommen massgebend sein soll. Dieser Zuschlag müsste für die allenfalls darunter fallenden Pflichten in jeder Gemeinde gesondert berechnet werden. Dies

würde einen grossen zusätzlichen administrativen Aufwand erfordern, insbesondere wenn man bedenkt, dass sich die Belastung infolge einer allfälligen Neufestsetzung der Steuersätze von Jahr zu Jahr ändern kann. Wir kennen die Zahl der in den Genuss der Ermässigung kommenden Pflichten nicht und können deshalb über den effektiven Mehrertrag der Anträge keine zuverlässigen Angaben machen. Ein in der Kommission des Nationalrates zur Beratung der Botschaft über die Wiederherstellung des Gleichgewichtes im Bundeshaushalt vom 3. April 1974 eingereichter gleichlautender Antrag ist damals in der Sitzung der Kommission mit 13 gegen 9 Stimmen abgelehnt worden. Der Nationalrat hat den gleichen Minderheitsantrag am 26. Juni 1974 mit 84 zu 51 Stimmen abgelehnt. Ihre Kommissionsmehrheit hat sich sehr eingehend mit diesem Harmonisierungszuschlag auseinandergesetzt, und der Antrag hat – ich möchte das ganz offen zugeben – etwas für sich, um eine in der Schweiz einigermaßen gleichmässige Belastung für alle Steuerpflichtigen auf den verschiedensten Einkommensstufen, namentlich bei den hohen Einkommen, zu erreichen. Trotzdem hat Ihre Kommissionsmehrheit sich zum Antrag durchgerungen, zurzeit diese Harmonisierungszuschläge nicht in dieses Paket aufzunehmen und den Antrag Stich abzulehnen.

Nun zum Hauptantrag unseres Kollegen Peyrot: Die Gründe für die Aufnahme der Wehrsteuer in der Vorlage habe ich einleitend bei der Erklärung des Beschlusses dargelegt. Sie liegen erstens im verfassungsmässigen Auftrag, die kalte Progression periodisch auszugleichen und zweitens die Wehrsteuersätze in einem angemessenen Rahmen anzupassen. Auch die Wehrsteuer ist keine neue Steuer. Wieweit die Wehrsteuer und die Warenumsatzsteuer zur Ablehnung der Vorlage vom 8. Dezember 1974 beigetragen haben, ist nicht leicht zu beurteilen. Die von der Kommission vorgeschlagenen Zuschläge liegen nach Auffassung der grossen Mehrheit der Kommission in einem vertretbaren Rahmen. Aus fiskalischen und politischen Gründen muss ich Sie daher namens der Kommission bitten, den Antrag Peyrot abzulehnen.

Die Schmälerung des Steuersubstrates der Kantone durch diese Zuschläge hat bei den Kantonen nicht die gleiche Kritik ausgelöst wie die Kürzung der Anteile an den Bundessteuern. Hier war keine lautstarke Reaktion zu verspüren. Ich bitte Sie daher, auch den Hauptantrag unseres Kollegen Peyrot abzulehnen.

**M. Wilhelm**, rapporteur de la majorité: Nous sommes en présence de plusieurs amendements: la proposition Uchtenhagen, la proposition Muret qui est assez semblable, deux propositions de minorité de M. Stich et enfin l'amendement fondamental de M. Peyrot.

En ce qui concerne tout d'abord la proposition Uchtenhagen, il faut relever que l'impôt de défense nationale (IDN) dû par les personnes physiques dont le tarif a été fixé par la loi fédérale du 21 mars 1973 (utilisation de la marge de flexibilité, étirement du tarif pour compenser les effets de la progression à froid) connaît un taux maximum de 9,5 pour cent (+10 pour cent) = 10,45 pour cent. Ce taux maximum est atteint pour un revenu imposable de 242 900 francs.

Votre commission propose d'élever ce taux maximum pour les personnes physiques de 10,45 pour cent actuellement à 11,5 pour cent. Ce qui signifie que la dernière tranche du tarif frappée de 12 francs (+10 pour cent) par 100 francs de revenu serait étendue au-delà de 242 900 francs. Le taux maximum de 11,5 pour cent serait atteint pour les revenus imposables de 392 900 francs. La charge supplémentaire ne frapperait ainsi que les revenus supérieurs à 242 900 francs.

Les recettes brutes supplémentaires s'élèveraient à 40 millions de francs.

La proposition Uchtenhagen tend à fixer le taux maximum de l'impôt dû par les personnes physiques à 15 pour cent. A cet effet, le tarif actuel de l'IDN dû par les personnes

physiques devrait être complété par une tranche supplémentaire de 14 francs (+10 pour cent) (= 15,4 pour cent) à partir d'un revenu imposable de 120 000 francs. Le taux maximum serait atteint pour un revenu imposable de 2 329 800 francs.

Les recettes brutes supplémentaires atteindraient 145 millions de francs, ce qui signifie que tous les revenus imposables supérieurs à 120 000 francs auraient à supporter une charge plus élevée qu'actuellement.

La commission, dans sa majorité, a tenu à fixer pour l'ICHA et pour l'IDN des taux maximums inférieurs à ceux qui étaient prévus dans le projet repoussé le 8 décembre 1974.

	Proposition de la commission	Projet rejeté le 8 décembre 1974
ICHA	5,6 / 8,4%	6 / 9%
IDN		
Personnes physiques	11,5%	12%
Personnes morales	9,8%	10%

La proposition Uchtenhagen dépasse, avec les taux maxima de 13,2 et de 15 pour cent pour les personnes physiques, sensiblement les taux prévus dans le projet rejeté le 8 décembre 1974. Elle présenterait un lourd handicap pour le nouveau projet et, pour des raisons tant objectives que subjectives, elle doit être rejetée.

M. Muret, lui, demande à l'article 41ter, 5e alinéa, lettre c, cst., pour l'imposition des personnes physiques, un taux maximum de 15 pour cent, avec passage simultané du minimum imposable à 14 000 francs (aujourd'hui 9700 francs) pour les célibataires et à 17 000 francs (aujourd'hui 12 000 francs) pour les personnes mariées;

– pour l'imposition du rendement net des personnes morales, un taux maximum de 16 pour cent (contre 8,8 pour cent actuellement; selon les propositions du Conseil national et du Conseil des Etats, 9,8 pour cent);

– pour l'imposition du capital et des réserves des personnes morales, un taux de 1,7 pour mille (actuellement et selon les propositions du Conseil national et du Conseil des Etats, 0,825 pour mille).

Les taux maxima fixés à l'article 41ter forment le cadre constitutionnel dans lequel doivent se mouvoir la législation d'exécution prévue par l'article 41ter, 6e alinéa, ou les modifications à apporter à l'article 8 des dispositions transitoires. Dans sa proposition, M. Muret prévoit l'introduction immédiate des taux qu'il préconise à l'article 41ter uniquement en ce qui concerne l'impôt sur le rendement net des personnes morales; il propose pour cela, à l'article 8 des dispositions transitoires, de doubler les taux actuels du tarif à trois paliers (de 3,3/3,3/4,4 à 6,6/6,6/8,8 pour cent).

Si la proposition de M. Muret était acceptée telle quelle, on obtiendrait – avec un tarif à trois paliers tel que précité et avec une charge fiscale maximum de 16 pour cent – des recettes supplémentaires de 1,180 millions de francs (+91 pour cent) du seul impôt sur le rendement net des personnes morales. Or, selon la proposition des deux commissions des finances, les recettes supplémentaires s'élèveraient «seulement» à 130 millions de francs.

Si l'on prend pour hypothèse que M. Muret veut également réaliser immédiatement les modifications qu'il propose à l'article 41ter, 5e alinéa, pour l'impôt sur le revenu des personnes physiques et pour l'impôt sur le capital des personnes morales, il faudrait apporter les changements correspondants à l'article 8, lettres b et c, des dispositions transitoires, contrairement à la proposition de la commission. Pour le tarif de l'impôt sur le revenu des personnes physiques, on pourrait en principe partir de la proposition Uchtenhagen qui prévoit également un taux maximum de 15 pour cent, mais compte tenu des montants francs d'impôts sensiblement plus élevés que ne le prévoit la proposition Muret. Pour les personnes physiques, il en résulterait une

diminution du rendement de 15 millions de francs, pour les personnes morales il y aurait un rendement supplémentaire de 170 millions de francs.

Selon la proposition de M. Muret, par rapport à la réglementation actuelle, l'imposition des personnes morales donnerait des recettes supplémentaires de plus de 1,3 milliard de francs, soit plus du décuple de ce que proposent les commissions. En revanche, les modifications proposées entraîneraient, dans l'imposition des personnes physiques, du fait de l'augmentation massive des montants francs d'impôt qui sont déjà élevés, une moins-value de 15 millions de francs.

La proposition de M. Muret déplace ainsi les recettes supplémentaires, en particulier si l'on considère que M. Muret ne veut pas de modifications en matière d'ICHA, en chargeant davantage et de manière extrême les personnes morales, ce qui ne saurait être envisagé, vu l'évolution économique toute récente.

C'est pourquoi votre commission vous propose de rejeter également cet amendement.

En ce qui concerne la proposition de M. Stich, il s'agit d'une proposition de minorité à l'alinéa 5, lettre c. M. Stich avait proposé au mois d'octobre, dans le projet qui a été refusé le 8 décembre, un taux de 8 pour cent en ce qui concerne l'imposition des personnes morales. Aujourd'hui il propose un taux de 7 pour cent, c'est-à-dire inférieur de 1 pour cent à son projet primitif. Il s'agit d'un montant de 265 millions de francs. La commission du Conseil national, plus la commission du Conseil des Etats, déjà, ont estimé que cette proposition, si souhaitable soit-elle par certains de ses aspects, devait être rejetée et qu'il fallait pratiquer en l'espèce une ligne moyenne. D'autre part, dans la proposition de minorité, M. Stich propose également à la lettre d, sur les revenus élevés, un supplément d'harmonisation de 10 pour cent. Cette proposition vaudrait à partir d'un revenu de 120 000 francs; ce supplément devrait être tempéré de façon appropriée selon la charge constituée par les impôts directs des cantons et des communes. Nous pourrions attendre 410 millions par année, pour 1976 et 1977, de cette proposition. Nous avons constaté qu'il en résulterait des complications administratives considérables car, dans chaque commune, il faudrait à chaque fois calculer ce supplément d'harmonisation. Il faut relever également que la commission du Conseil national du 3 avril 1974, qui s'occupait d'une mesure pour la remise en ordre de l'équilibre financier du ménage fédéral avait déjà enregistré une proposition analogue qui avait été repoussée par 13 voix contre 9, puis ensuite dans notre plénum par 84 voix contre 51. Cet objet a été largement débattu dans notre commission car la question posée est certes importante mais nous avons estimé qu'il ne fallait pas trop «charger le bateau» avec ce problème d'harmonisation.

Quant à la proposition de M. Peyrot, nous en avons traité tout à l'heure. M. Peyrot est fondamentalement opposé à l'introduction d'un impôt fédéral direct dans notre projet. Cette opinion n'a pas trouvé grâce devant la commission, puisque par 15 voix contre 5, nous avons accepté l'introduction de cet impôt fédéral direct dans notre train de mesures, spécialement en raison des perspectives du vote populaire du 8 juin prochain. L'expérience souvent lamentable des projets financiers depuis la fin de la dernière guerre démontre qu'il faut trouver un équilibre entre les impôts fédéraux directs et indirects. Si nous ne rétablissons pas les jumeaux – comme on dit – nous allons vers de grandes difficultés et probablement des échecs sur le plan populaire.

Vous aurez remarqué également que, à l'instar de l'ICHA, les taux de l'IDN sont inférieurs à ceux du projet du 8 décembre et que la progression à froid a été considérée.

Bref, pour des raisons politiques et fiscales, je vous invite également, au nom de la commission, à repousser cet amendement Peyrot.

M. **Chevallaz**, conseiller fédéral: Je n'entrerai pas dans le détail des chiffres que MM. les rapporteurs viennent d'évoquer très largement. Je m'en tiendrai à des considérations très générales.

M. le député **Peyrot** défend élégamment la première thèse du Conseil fédéral en rappelant nos scrupules à introduire ou réintroduire des modifications à l'impôt fédéral direct. Je tiens à le remercier d'assurer la conservation de ces scrupules comme une vestale fidèle. Nous nous sommes laissé convaincre toutefois par votre commission que les propositions de modification à l'impôt de défense nationale n'avaient pas joué un rôle dans l'argumentation de la votation du 8 décembre et pas suscité d'opposition particulière. Des modifications de plus faible ampleur qu'elles n'étaient prévues en décembre pouvaient être facilement admises. Il y avait tout de même un élément de progression à froid qui frappe en un temps de hausse rapide des prix des contribuables de la moyenne ou de la petite moyenne, que l'on pouvait tenter d'atténuer par quelques abattements de base. Il y avait aussi la possibilité, par une légère augmentation des taux – encore une fois plus légère qu'en décembre – de corriger l'effet de ces abattements.

Nos scrupules ainsi, quant à l'aspect rétroactif de ces mesures sur la 18<sup>e</sup> période de l'impôt de défense nationale, ont été vaincus par la modicité des amendements proposés, plus d'ailleurs que par les quelque 90 millions de plus que cela fera entrer dans les caisses de la Confédération.

Les propositions de Mme **Uchtenhagen** d'aller à un maximum de 15 pour cent pour les personnes physiques – pour citer l'essentiel – et qui nous rapporteraient plus que nos solutions, quelque 150 millions qui seraient bienvenus, dépassent résolument le cadre du projet refeté en décembre et là nos scrupules renaissent. Quoiqu'on puisse penser sur le fond de ces propositions, il ne nous paraît pas raisonnable de présenter au peuple un projet qui est sensiblement plus lourd pour certaines classes de la population, je le veux bien – mais cela compte aussi – que le projet de décembre. Nous aurons l'occasion de revenir à ces suggestions dans quelques mois quand nous réétudierons ensemble notre système fiscal et l'initiative du Parti socialiste.

Quant aux propositions de M. **Muret**, j'ai déjà écarté tout à l'heure d'un geste ample et noblement désintéressé ces quelques milliards généreux. Nous avons aussi de temps à autre de ces gestes de grandeur.

Les propositions de la minorité, représentée ici par M. **Stich**, seraient sans doute d'un rapport intéressant et l'on peut admettre que la thèse de la proportionnalité pour l'imposition des sociétés morales a un certain aspect séduisant. Mais je fais là le même reproche qu'aux propositions précédentes, ce sont des modifications de structure et c'est vouloir anticiper d'une manière hâtive sur le résultat des travaux d'harmonisation que nous sommes en train de mener à chef. C'est en même temps un important accroissement de la charge sur les sociétés en un moment de ralentissement ou de tassement économique alors que certains chefs cantonaux des finances, pour un autre aspect de la fiscalité, viennent d'attirer l'attention de l'autorité du Conseil fédéral en nous demandant d'atténuer les effets de l'arrêté sur les amortissements.

Je partage ici les réserves faites tout à l'heure par M. **Eisenring** sur l'impact conjoncturel de l'impôt, en relevant tout de même que notre imposition publique est de 25 pour cent du produit national brut tandis que la moyenne européenne est de 35 à 40 pour cent. Cette imposition publique modérée constitue déjà dans l'ensemble une politique fiscale de promotion économique et nos propositions n'aggravent pas sensiblement ces conditions. J'ai rappelé lors de l'entrée en matière – toujours pour répondre à M. **Eisenring** – que le déficit des collectivités publiques suisses à fiscalité déjà modeste dans l'ensemble est

de l'ordre de 3 milliards pour 1975. Nous ne sommes pas dans un état de dépression économique tel qu'il convienne d'aggraver encore ce déficit en réduisant nos ressources fiscales ou en admettant de ne pas compenser – et partiellement encore – celles qui diminuent rapidement sous nos yeux c'est-à-dire les douanes.

Quant aux remarques de M. **Stich** sur les conditions difficiles du scrutin sur les ressources supplémentaires, elles ne nous échappent pas. Tout scrutin et particulièrement tout scrutin fiscal est une entreprise périlleuse. Les mesures d'économie, encore qu'elles ne soient pas insupportables, ne vont pas provoquer, nous le savons, un enthousiasme unanime. Ce qu'il nous faudra bien répéter, c'est qu'elles seraient encore considérablement aggravées si ces ressources complémentaires étaient refusées. On pourrait et on serait contraint de parler alors d'une politique de déflation plus grave pour le monde du travail et pour l'économie dans son ensemble que ne l'est notre exercice actuel. Autrement dit, d'autant les mesures d'économie vous semblent pénibles à supporter, d'autant vous devez voter avec ardeur les modifications d'impôts qui permettront de ne pas les accentuer encore. Mais encore une fois, comme toute votation sur des ressources fiscales est une opération périlleuse et qu'il faut compter en face d'un projet fiscal un tiers immuable de «non» à la base, il nous faut bien tenter de proposer ici un programme modéré susceptible d'une large adhésion. Il faut donc que chacun fasse sa part de concessions. Je comprends parfaitement la position du groupe socialiste mais je dois lui rappeler que si son opposition pouvait compromettre ce projet de ressources complémentaires, il n'aurait lui, de son côté, aucune chance de faire isolément passer ses propres projets. Le curieux pays que nous sommes n'est pas un pays à thèses et à politiques tranchées; nos diversités, nos divergences et nos contradictions internes obligent la Confédération depuis qu'elle existe à une politique de perpétuelles concessions. C'est le lot de notre système politique, il faut l'admettre et voter ce projet tel que la majorité de la commission vous le propose.

**Le président:** Nous allons maintenant essayer de sortir de l'imbricatio des propositions. En l'occurrence, je vous propose l'ordre de vote suivant:

En première position, nous traiterons de l'impôt sur le revenu des personnes physiques. Dans un premier vote, nous opposerons la proposition de Mme **Uchtenhagen**: «15 pour cent au maximum et minimum imposable de 9700 voire 12 200», à la proposition de M. **Muret** «15 pour cent et minimum de 14 000 ou 17 000 francs».

Dans un deuxième vote, nous opposerons le résultat ainsi obtenu qui concernera toujours les 15 pour cent à la proposition de la commission, soit concernant les 11,5 pour cent.

En deuxième position, nous traiterons de l'impôt sur le revenu des personnes morales. Pendant le troisième vote, nous opposerons la proposition **Muret** «16 pour cent», à la proposition de la minorité «7 pour cent» et un quatrième vote opposera le résultat ainsi obtenu à la proposition de la majorité, soit «9,8 pour cent».

En troisième position, nous traiterons de l'impôt sur le capital et les réserves des personnes morales. Nous opposerons alors, dans un cinquième vote, la proposition **Muret** «1,6 pour mille» à la proposition de la commission, «0,825 pour mille».

Puis nous apurerons la lettre *d*: par un sixième vote, nous opposerons les propositions de la majorité et de la minorité. La proposition de la minorité postule un supplément de 10 pour cent pour les revenus élevés et est combattue par la majorité de la commission.

Enfin, nous procéderons, dans un septième vote, à la votation définitive sur l'alinéa 5, c'est-à-dire que nous opposerons les résultats obtenus lors des types de votations successives aux propositions de M. le député **Peyrot**.

Je demande au Conseil s'il est d'accord avec cette procédure, avec cet ordre de vote. (*Zustimmung – Adhésion*)

#### Abstimmungen – Votes

##### Einkommen natürlicher Personen

##### Revenu des personnes physique

##### Eventuell – Eventuellement:

Für den Antrag Uchtenhagen	108 Stimmen
Für den Antrag Muret	6 Stimmen

##### Definitiv – Définitivement:

Für den Antrag Uchtenhagen	51 Stimmen
Für den Antrag der Kommission	112 Stimmen

##### Juristische Personen – Personnes morales

##### Eventuell – Eventuellement:

Für den Antrag Muret	10 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	90 Stimmen

##### Definitiv – Définitivement:

Für den Antrag der Mehrheit	112 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	47 Stimmen

##### Steuer auf Kapital und Reserven der juristischen Personen

##### Impôt sur le capital et les réserves des personnes morales

Für den Antrag der Kommission	120 Stimmen
Für den Antrag Muret	19 Stimmen

##### Buchst. d

Für den Antrag der Minderheit	68 Stimmen
Dagegen	88 Stimmen

**Le président:** Nous procédons maintenant à la votation définitive sur l'alinéa 5. Nous opposons les résultats obtenus à la proposition Peyrot.

#### Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	139 Stimmen
Für den Antrag Peyrot	19 Stimmen

#### Ziff. II Ingress

##### Antrag der Kommission

Die Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung werden wie folgt geändert:

#### Ch. II préambule

##### Proposition de la commission

Les dispositions transitoires de la constitution sont modifiées comme il suit:

##### Angenommen – Adopté

#### Art. 8

##### Antrag der Kommission

##### Abs. 1

Unter Vorbehalt von Bundesgesetzen im Sinne von Artikel 41ter bleiben die am 31. Dezember 1974 geltenden Bestimmungen über die Warenumsatzsteuer, die Wehrsteuer und die Biersteuer in Kraft mit den nachstehenden Aenderungen (Abs. 2–4).

##### Abs. 2

Mit Wirkung ab 1. Oktober 1975 beträgt die Warenumsatzsteuer bei Detaillieferungen 5,6 Prozent und bei Engroslieferungen 8,4 Prozent des Entgelts.

##### Abs. 3 Buchst. a

Bei der Wehrsteuer gelten für die nach dem 31. Dezember 1974 beginnenden Steuerjahre folgende Bestimmungen: Auf den von verheirateten natürlichen Personen geschuldeten Wehrsteuern wird eine Ermässigung gewährt; diese beträgt:

20 Prozent auf den ersten 200 Franken Jahressteuer;  
10 Prozent auf den nächsten 200 Franken Jahressteuer;  
5 Prozent auf den nächsten 200 Franken Jahressteuer;

##### Buchst. b

Der Höchstsatz der Steuer vom Einkommen natürlicher Personen beträgt 11,5 Prozent;

##### Buchst. c

##### Mehrheit

Kapitalgesellschaften und Genossenschaften entrichten auf der Steuer vom Reinertrag einen Zuschlag von 10 Prozent; die Gesamtbelastung des Reinertrages beträgt höchstens 9,8 Prozent.

##### Minderheit

(Stich, Bussey, Düby, Hubacher, Rubi, Schläppy)

Die Steuer vom Reinertrag der Kapitalgesellschaften und Genossenschaften beträgt 7 Prozent.

##### Abs. 4

##### Antrag der Kommission

Der Bundesrat passt die Beschlüsse über die Warenumsatzsteuer und die Wehrsteuer den Aenderungen in den Absätzen 2 und 3 an. Bei der Warenumsatzsteuer wird er für die Uebergangszeit auch die Auswirkungen hinsichtlich der Ueberwälzung ordnen.

##### Antrag Muret

##### Art. 8 Abs. 3 Buchst. c

Der Ansatz der Grundsteuer und der beiden Zuschläge vom Reinertrag der Kapitalgesellschaften und der Genossenschaften wird verdoppelt.

##### Antrag Peyrot

##### Art. 8

Nach Entwurf des Bundesrates (= bisheriger Text)

##### Antrag Uchtenhagen

##### Art. 8 Abs. 3 Buchst. b

Der Höchstsatz der Steuer vom Einkommen natürlicher Personen beträgt 15 Prozent. Zu diesem Zweck wird der Steuertarif vom 21. März 1973 wie folgt geändert:

Die Steuer für ein Jahr beträgt:

für 120 000 Franken Einkommen 8328 Franken, und für je weitere 100 Franken Einkommen 14 Franken mehr;  
für 2 329 800 Franken Einkommen 317 700 Franken, und für je weitere 100 Franken Einkommen 13 Franken 64 mehr.

##### Art. 8

##### Proposition de la commission

##### Al. 1

Restent en vigueur, sous réserve de lois fédérales au sens de l'article 41ter, les dispositions applicables le 31 décembre 1974 à l'impôt sur le chiffre d'affaires, à l'impôt pour la défense nationale et à l'impôt sur la bière, avec les modifications suivantes (al. 2 à 4).

##### Al. 2

L'impôt sur le chiffre d'affaires s'élève, avec effet au 1er octobre 1975, à 5,6 pour cent de la contreprestation s'il s'agit de livraisons au détail et à 8,4 pour cent s'il s'agit de livraisons en gros.

##### Al. 3 let. a

L'impôt de défense nationale est réglé, pour les années postérieures au 31 décembre 1974, de la manière suivante: l'impôt de défense nationale dû par les personnes mariées est réduit de la façon suivante:

20 pour cent sur les 200 premiers francs de l'impôt annuel;  
10 pour cent sur les 200 francs suivants de l'impôt annuel;  
5 pour cent sur les 200 francs suivants de l'impôt annuel;



*Let. b*

le taux maximum de l'impôt dû par les personnes physiques sur le revenu s'élève à 11,5 pour cent;

*Let. c**Majorité*

Les sociétés à base de capitaux et les sociétés coopératives paient sur l'impôt annuel afférent au rendement net un supplément de 10 pour cent; l'imposition globale du rendement net s'élève au maximum à 9,8 pour cent;

*Minorité*

(Stich, Bussey, Düby, Hubacher, Rubi, Schläppy)

L'impôt afférent au rendement net des sociétés à base de capitaux et des sociétés coopératives est proportionnel et s'élève à 7 pour cent;

*Al. 4**Proposition de la commission*

Le Conseil fédéral adaptera ses arrêtés concernant l'impôt sur le chiffre d'affaires et l'impôt de défense nationale aux modifications apportées aux 2e et 3e alinéas. En matière d'impôt sur le chiffre d'affaires, il réglera également pour la période transitoire les effets du transfert de l'impôt.

*Proposition Muret**Art. 8 al. 3 let. c*

Le taux de l'impôt de base et des deux surtaxes sur le rendement net des sociétés à base de capitaux et des sociétés coopératives est doublé.

*Proposition Peyrot*

Selon le projet du Conseil fédéral (= texte actuel)

*Proposition Uchtenhagen**Art. 8 al. 3 let. b*

Les taux maximum de l'impôt dû par les personnes physiques sur le revenu s'élève à 15 pour cent. A cet effet, le tarif du 21 mars 1973 est modifié comme il suit:

L'impôt pour une année s'élève:

pour 120 000 francs de revenu à 8328 francs, et par 100 francs de revenu en plus 14 francs de plus;

pour 2 329 800 francs de revenu à 317 700 francs, et par 100 francs de revenu en plus 13 francs 64 de plus.

**Diethelm, Berichterstatter:** In Artikel 8 sind nun die Detailangaben zu bereinigen zu den im bereits vorangehenden Abschnitt behandelten grundsätzlichen Beschlüssen.

In bezug auf die Ausmerzung oder teilweise Ausmerzung der kalten Progression sehen Sie in Absatz 3 Buchstabe a den Staffelfrabatt. Insgesamt werden hier Abzüge von 70 Franken festgelegt. Ich habe bereits bei den einleitenden Bemerkungen dargelegt, dass eine Korrektur in den Steuererklärungen nicht möglich ist. Die Steuererklärungen (rund 2 Millionen) sind gedruckt, zum Teil versandt, so dass nur durch einen Rabatt dem verfassungsmässigen Auftrag, die kalte Progression auszugleichen, entsprochen werden kann. Die Anträge der Minderheit – der Antrag Oehen ist zurückgezogen – zu Artikel 8 Absatz 3 Buchstabe b stehen in Uebereinstimmung mit den in I festgelegten Bereinigungen, die wir bereits grundsätzlich entschieden haben.

Meines Erachtens wäre es aufgrund der Entscheide im vorausgehenden Abschnitt I nun richtig, wenn diese Anträge zurückgezogen würden. Ich möchte den Antragstellern dies empfehlen.

**Stich:** Die Anträge zu Artikel 8 und 8bis sind natürlich hin-fällig.

Ich möchte hier an die Adresse von Herrn Bürgi nur noch einmal sagen: Er kann die Harmonisierung jetzt weiter prüfen, um sie nicht zu unterstützen. Ich möchte bei die-

ser Gelegenheit nur feststellen, dass die Probleme der Harmonisierung in der Eidgenossenschaft seit 1918 diskutiert werden.

**Le président:** Mme Uchtenhagen et M. Peyrot et la minorité (Stich) retirent leurs propositions. La proposition de M. Muret, devenue sans objet à la suite du premier vote, tombe également. Nos travaux en sont ainsi simplifiés.

*Angenommen nach Antrag der Mehrheit**Adopté selon la proposition de la majorité***Art. 8bis (neu)***Antrag der Kommissionsminderheit*

(Stich, Allgöwer, Biel, Bussey, Düby, Hubacher, Oehen, Rubi, Schläppy).

Der Harmonisierungszuschlag beträgt für die nach dem 31. Dezember 1974 beginnenden Steuerjahre 10 Prozent auf den 120 000 Franken übersteigenden Einkommensteilen. Dieser Zuschlag ermässigt sich soweit, als die allgemeinen Staats- und Gemeindesteuern die folgenden Belastungen übersteigen:

24,5 Prozent bei 120 000 Franken Einkommen; 33 Prozent auf den 120 000 Franken übersteigenden Einkommens-teilen.

**Art. 8bis (nouveau)***Proposition de la minorité de la commission*

(Stich, Allgöwer, Biel, Bussey, Düby, Hubacher, Oehen, Rubi, Schläppy)

Le supplément d'harmonisation pour les années fiscales postérieures au 31 décembre 1974 s'élève à 10 pour cent des fractions de revenu excédant 120 000 francs. Ce supplément est réduit lorsque les impôts directs des cantons et des communes dépassent les charges suivantes:

24,5 pour cent pour un revenu de 120 000 francs; 33 pour cent pour les fractions de revenu excédant 120 000 francs.

*Zurückgezogen – Retiré***Ziff. III Ingress und Art. 10***Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. III préambule et art. 10***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté***Ziff. III bis***Antrag der Kommission*

Die Bestimmungen von Artikel 8 Absatz 3 der Uebergangsbestimmungen der Bundesverfassung (Ziffer II) treten rückwirkend auf den 1. Januar 1975 in Kraft. Bei Wehrsteuerforderungen für das Jahr 1975, die vor Erwirkung dieses Beschlusses fällig geworden sind, finden die bis zum 31. Dezember 1974 geltenden Bestimmungen Anwendung.

**Ch. III bis***Proposition de la commission*

Les dispositions de l'article 8, 3e alinéa, des dispositions transitoires de la constitution (chiffre II) entrent en vigueur avec effet rétroactif au 1er janvier 1975. Les dispositions en vigueur jusqu'au 31 décembre 1974 s'appliquent aux créances d'impôt de défense nationale pour l'année 1975 échues avant l'approbation de cet arrêté.

*Angenommen – Adopté*

**Ziff. IV****Antrag der Kommission**

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. IV****Proposition de la commission**

Adhérer au projet du Conseil fédéral

Angenommen – Adopté

**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble**

Für Annahme des Beschlussentwurfes

96 Stimmen

Dagegen

9 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

**IX****Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer****Loi fédérale sur l'impôt anticipé****Antrag der Kommission**

Eintreten

**Antrag Eibel**

Nichteintreten

**Proposition de la commission**

Passer à la discussion des articles

**Proposition Eibel**

Ne pas entrer en matière

**Diehlhelm, Berichterstatter:** Der Bundesrat beantragt der Bundesversammlung, im Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer die Abzüge auf Kapitalerträgen und Lotteriegewinnen von bisher 30 auf 35 Prozent der steuerbaren Leistung zu erhöhen. In der Botschaft wird die bisherige Entwicklung der Quellensteuerbelastung aufgezeigt. Die vorgeschlagene Erhöhung bezweckt, dem Bund neue Mittel zuzuführen und überdies die Bekämpfung der Steuerhinterziehung zu verstärken. Es wird nicht verschwiegen, dass mit dieser Erhöhung die Verrechnungssteuerbelastung in der Schweiz im Vergleich zu den übrigen Industriestaaten sehr hoch ist. Der Bundesrat fügt dieser Feststellung aber bei, dass trotz dieser Erhöhung nicht zu befürchten sei, dass deswegen Kapital ins Ausland abwandere. Entscheidend für den Anleger sei nicht nur die Rendite, sondern vielmehr die Sicherheit und die politische Stabilität des Landes. Dazu kommt, dass Ausländer in Staaten, mit denen die Schweiz Doppelbesteuerungsabkommen abgeschlossen hat, von der Satzerhöhung nicht berührt werden, weil sie aufgrund dieser Abkommen eine Entlastung verlangen können. Vor allem gilt es zu beachten, dass steuererhörliche Wertschriftenbesitzer die Verrechnungssteuer vollumfänglich zurückerhalten. Herr Direktor Locher von der Eidgenössischen Steuerverwaltung hat vor der Kommission ausdrücklich bestätigt, dass schon bisher die Verrechnungssteuer der schweizerischen Wirtschaft nicht geschadet hat. Zurzeit sei es sogar mit Negativzinsen kaum möglich, die Zuflüsse von ausländischem Kapital abzuwehren. Die Befürchtungen der Banken sind bei der gegenwärtigen Situation nicht begründet. Wenn sich die Verhältnisse ändern sollten, wäre es durchaus möglich, zu tieferen Sätzen zurückzukehren.

Wir haben zu diesem Bundesgesetz Vorlage IX einen Nichteintretensantrag unseres Kollegen Eibel. In der Kommission ist ebenfalls ein Nichteintretensantrag gestellt worden; er wurde aber mit 16 zu 6 Stimmen abgelehnt. Die Kommission hat im übrigen die Kompetenz zur Erhöhung

der Verrechnungssteuer von 30 auf 35 Prozent auf die Jahre 1976 bis 1979 befristet. Dieser Lösung hat der Bundesrat zugestimmt. Der Nichteintretensantrag unseres Kollegen Eibel ist daher abzulehnen.

Ihre Kommission empfiehlt Ihnen, auf die Vorlage des Bundesrates einzutreten.

**M. Wilhelm, rapporteur:** L'impôt anticipé perçu sur les revenus de capitaux mobiliers et les gains réalisés dans les loteries constitue un impôt à la source comme feu le droit de timbre sur les coupons, qui a été aboli le 1er janvier 1967.

L'augmentation de cet impôt s'inscrit dans le cadre d'un renforcement de la fiscalité, mais il ne constitue pas une aggravation de la charge des contribuables, en tout cas de ceux qui déclarent l'entier de leurs revenus.

Il est vrai que nous avons désormais le taux le plus élevé d'Europe, et on peut se demander si les placeurs de capitaux étrangers en Suisse en seront déconcertés. Et si l'on tient compte du fait que l'intérêt négatif annuel de 40 pour cent sur le franc suisse ne décourage pas certains capitalistes ces jours-ci, je pense qu'il n'y a pas péril en la demeure. Malgré tout, la situation est si fluide, si mouvante que nous avons estimé qu'il convenait de limiter cette disposition dans le temps.

C'est pourquoi votre commission a adopté pour le chiffre 1, lettre 2b, 2e alinéa nouveau, la formulation suivante: «Durant les années 1976 à 1979, l'impôt selon le 1er alinéa, lettre a, est augmenté d'un sixième et fixé à 35 pour cent. Le Conseil fédéral peut abroger prématurément cette augmentation à la fin d'une année, en tant que la situation monétaire ou le marché des capitaux l'exige.» Si bien que, quelle que soit l'évolution de la situation, le Conseil fédéral pourra agir au mieux des intérêts de ses finances mais surtout des intérêts généraux de la Confédération. Vous savez que les banques sont en général opposées à l'impôt anticipé.

Une proposition de non-entrée en matière a été repoussée par votre commission par 16 voix contre 6. Elle est reprise par M. Eibel. Nous vous prions de la rejeter.

*Im Zuge der Beratung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer wird die folgende Motion behandelt:*

*La motion suivante est traitée dans le cadre des délibérations sur la loi fédérale sur l'impôt anticipé:*

**12 162. Motion Bussey****Couponsteuer – Impôt sur les coupons***Wortlaut der Motion vom 25. November 1974*

Nach Artikel 41bis Absatz 1 der Bundesverfassung kann der Bund Stempelabgaben auf Wertpapiere, einschliesslich Coupons, erheben.

Bei der Beratung des Bundesgesetzes über die Verrechnungssteuer hatte die Bundesversammlung gegen die Auffassung des Bundesrates die Aufhebung der Couponsteuer vom 1. Januar 1967 an beschlossen.

Da die derzeitige Lage der Bundesfinanzen eine gleichmässige Verteilung der Belastungen erfordert, ersuchen wir den Bundesrat, einen Entwurf für ein Bundesgesetz über die Couponsteuer auszuarbeiten.

*Texte de la motion du 25 novembre 1974*

L'article 41bis 1er alinéa, lettre a, de la constitution fédérale dispose que la Confédération peut percevoir des droits de timbre sur titres y compris les coupons.

Dans le cadre de l'élaboration de la loi fédérale sur l'impôt anticipé, l'Assemblée fédérale avait décidé, contre l'avis du Conseil fédéral, la suppression de l'impôt sur les coupons à partir du 1er janvier 1967.

La situation des finances fédérales exige aujourd'hui que les sacrifices soient plus équitablement répartis, aussi

nous invitons le Conseil fédéral à élaborer un projet de loi fédérale concernant le droit de timbre sur les coupons.

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Baumgartner, Bircher, Bratschi, Canonica, Chopard, Düby, Duvanel, Felber, Gassmann, Gerwig, Haller, Hubacher, Lang, Meizoz, Muheim, Müller-Bern, Nauer, Reiniger, Renschler, Riesen, Rothen, Rubi, Schaffer, Schläppy, Schmid Arthur, Schmid-St.Gallen, Stich, Tschäppät, Uchtenhagen, Villard, Wagner, Waldner, Weber-Arbon, Welter, Wüthrich. (35)

**M. Bussey:** Les coupons, comme l'indique expressément l'article 41 de la constitution, sont au nombre des titres pouvant être frappés d'impôt par la Confédération. C'est ainsi que cet impôt fut très régulièrement levé jusqu'à fin 1966, rapportant plus de 2 milliards de francs à la caisse fédérale. Pendant la dernière année de perception, son rendement s'est inscrit par 118 millions au tableau des recettes fiscales de la Confédération.

Avant de poursuivre, je crois qu'il faut rappeler qu'un coupon est la partie détachable d'une action ou d'une obligation permettant à son porteur d'encaisser un dividende ou un intérêt. En matière fiscale, les coupons suisses étaient soumis à un impôt fédéral sur les coupons, irrécupérable. En 1945, un taux unique de 5 pour cent a été introduit qui a été ramené à 3 pour cent en 1959, alors que dans le même temps l'impôt anticipé, récupérable si les titres sont déclarés, passait de 25 à 27 pour cent. A partir du 1er janvier 1967, l'impôt sur les coupons n'a plus été perçu et l'impôt anticipé a été porté au taux de 30 pour cent, taux encore en vigueur actuellement.

La suppression du droit sur les coupons a été demandée à plusieurs reprises, d'abord en 1957 et 1958, lors de la mise sur pied des dispositions constitutionnelles sur le régime des finances fédérales de 1959 à 1964. Maintenu et même précisé, comme nous venons de l'indiquer, à l'article 41bis de la constitution, il résistait à un nouvel assaut au printemps 1963. En effet, lors des débats sur le régime financier qui devait couvrir la période allant de 1965 à 1974, une proposition de supprimer l'impôt sur les coupons a été repoussée à une très forte majorité. Ce n'est qu'en 1965 que les Chambres décidèrent, cela contre l'avis très ferme du Conseil fédéral, de suspendre et non de supprimer cette possibilité d'imposition, avec effet au 1er janvier 1967, et cela dans le cadre de la révision de la loi sur l'impôt anticipé.

Il n'est pas sans intérêt de s'arrêter aux arguments avancés à l'époque par les adversaires de cette forme d'imposition et aux arguments du Conseil fédéral catégoriquement favorable à son maintien au-delà de 1966.

Les adversaires de l'impôt sur les coupons admettent qu'il est normal que le produit du capital soit frappé plus lourdement que le produit du travail mais, disent-ils, les cantons se chargent de cette tâche avec beaucoup de succès. Ils relèvent qu'au moment où l'on créait le droit de timbre sur les coupons, la structure des finances de la Confédération était totalement différente de ce qu'elle était en 1967. On n'avait pas l'impôt anticipé; les droits d'entrée étaient extrêmement faibles; il n'y avait pratiquement pas de droits d'entrée sur les carburants. Or, en décembre 1964, quand on regarde les comptes de la Confédération, le droit de timbre apparaît comme une sorte de vestige. L'impôt anticipé produit à peu près la même somme; «les droits d'entrée, disent-ils, en revanche, jouent un rôle infiniment plus important».

Arrêtons-nous un instant à ce dernier argument. Les droits d'entrée, c'est précisément leur disparition, aujourd'hui presque totale, qui explique les difficultés financières dans lesquelles nous nous débattons et c'est pour pallier cet important manque fiscal que nous nous agitions quant au choix des moyens et, plus encore, quant au montant des prélèvements ou sacrifices objectivement acceptables sur le produit du travail et sur le produit acquis sans travail.

Les adversaires reconnaissent que le droit sur les coupons d'actions frappe non seulement les dividendes de sociétés mais aussi les distributions plus ou moins cachées de bénéfices aux actionnaires ou aux administrateurs. La contrainte de ces distributions subsistera grâce à la technique de l'impôt anticipé, affirment-ils. Ils prétendent que ce droit est un impôt injuste, qu'il constitue un anachronisme dans le système fiscal suisse et qu'il ne remplit plus depuis longtemps le but qu'il avait à l'origine, étant donné que le rendement du capital est déjà excessivement grevé par les impôts directs et que ce n'est plus la tâche du droit sur les coupons mais celle de l'impôt anticipé de prévenir la fraude.

Voilà, peut-être un peu succinctement résumée, l'argumentation des adversaires.

Voyons maintenant le point de vue du Conseil fédéral qui est très clairement précisé dans le message adressé à l'Assemblée fédérale à l'appui d'un projet de loi sur l'impôt anticipé. Ce message porte la date du 18 octobre 1963 et il se termine par cette phrase: «Le Conseil fédéral est toujours fermement opposé à la suppression du droit sur les coupons que le régime financier mis sur pied en 1957 et 1968 a inscrit dans la constitution comme source permanente de recettes pour la Confédération.» Le gouvernement note que les cantons s'étaient prononcés à la quasi-unanimité pour le maintien du droit sur les coupons. Nous relevons dans le message les arguments suivants: «Bien que le droit sur les coupons et l'impôt anticipé frappent dans la plupart des cas les mêmes objets, la nature et les fonctions de ces deux impôts sont totalement différentes. L'impôt anticipé est avant tout un paiement d'avance sur les impôts cantonaux et communaux, un prélèvement provisoire, et son premier but est de combattre la fraude fiscale en Suisse. Le droit sur les coupons constitue une imposition préalable de certains revenus acquis sans travail. Il ne faut pas considérer le droit sur les coupons à lui tout seul, il faut le situer dans l'ensemble du système fiscal, ajoute le message du Conseil fédéral. En effet, il n'y a pas d'impôt qui, pris isolément, soit sans défaut et qui puisse remplir sa mission fiscale tout en tenant compte exactement de la capacité contributive des intéressés déterminée par des éléments sociaux, économiques et financiers.

«Le droit sur les coupons, tout comme l'impôt immobilier connu dans de nombreux cantons, permet de faire une distinction entre le revenu du travail et le revenu acquis sans travail. Selon l'opinion générale, il est juste que le revenu de la fortune soit plus fortement grevé que le revenu du travail.

«Le reproche souvent fait au droit sur les coupons de frapper les petits rentiers n'est pas fondé; sans compter que les intérêts des carnets d'épargne ne sont pas soumis au droit sur les coupons, il sera exceptionnel que des petits rentiers aient placé toute leur fortune en titres frappés par ce droit; les statistiques démontrent en effet que les petites fortunes consistent principalement en propriétés immobilières, en fonds d'épargne et en assurances. Certes, des obligations dont les intérêts sont soumis au droit se trouvent aussi en mains de petits épargnants et des fonds de prévoyance, mais cela ne saurait justifier une suppression du droit sur les coupons sur ces titres qu'on rencontre aussi et surtout dans les grandes fortunes.

«La suppression du droit sur les coupons a permis au cours de ces dernières années de découvrir d'importantes fraudes dans les sociétés anonymes et de déceler des répartition cachées de bénéfices qui auraient la plupart du temps échappé aux impôts directs. Cette suppression provoquerait enfin un déséquilibre entre les impôts directs et les impôts indirects traditionnellement réservés à la Confédération et ceci même si ce droit était incorporé à l'impôt anticipé.» Je rappelle qu'il s'agit là d'une citation tirée d'un message du Conseil fédéral.

La position du Conseil fédéral fut très vigoureusement défendue par son représentant tout au long des débats parlementaires. Est-il objectif de faire abstraction de cette possibilité de trouver des ressources fiscales dans la situation où nous nous trouvons? Permettez-moi de citer quelques chiffres.

Comme je viens de le rappeler, l'impôt sur les coupons a rapporté 118 millions en 1966, dernière année de sa perception. Dans l'hypothèse où cet impôt aurait été perçu après le 1er janvier 1967 et en admettant une corrélation entre l'évolution du produit national brut et celle du rendement de l'impôt sur les coupons, c'est un montant de 1,5 milliard dont nous aurions disposé, plus exactement 1458 millions de 1967 à 1974, soit 254 millions pour la seule année 1974. Pour l'estimation de ce rendement, nous avons appliqué à cet impôt la même évolution qu'au produit national brut; à noter d'ailleurs que le rapport Jöhr appliquait cette méthode pour déterminer l'évolution du droit de timbre. L'estimation reste prudente, puisque les taux d'intérêts sur les obligations et les dividendes sur les actions ont très sensiblement progressé depuis 1967.

Arrêtons-nous un instant, si vous le permettez, au texte du message que nous traitons présentement, plus particulièrement au passage qui traite de la non-réintroduction de l'impôt sur les coupons. Je relève tout d'abord que, dans notre esprit, les intérêts des dépôts d'épargne seraient exonérés de cet impôt. C'était d'ailleurs le cas jusqu'en 1967. Je relève que l'argument selon lequel l'impôt sur les coupons frapperait le contribuable suisse honnête d'une supplémentaire est un argument spécieux. La hausse du taux de l'impôt sur le chiffre d'affaires frappe le consommateur honnête, celle de la cotisation AVS le travailleur et l'employeur honnêtes. Que je sache, cela n'a pas ému les auteurs des propositions que nous traitons dans le cours de cette session extraordinaire, tant il est vrai que l'on ne peut malheureusement pas faire appel aux seuls fraudeurs pour renflouer les caisses de l'Etat.

Je rappelle que l'argument selon lequel des Suisses seraient désavantagés par rapport aux étrangers en raison des conventions de double imposition ne tient pas compte du fait que la fiscalité étrangère est sensiblement plus lourde dans tous les pays industrialisés d'Europe, comme d'ailleurs notre ministre des finances se plaît à le répéter. De même l'argument selon lequel la coexistence de deux impôts à la source occasionnerait à chacun des complications supplémentaires, ce qui entraînerait un surcroît de travail, est à proprement parler un argument dérisoire. A l'heure de l'électronique et des machines comptables perfectionnées, les affirmations de ce message sont, permettez-moi de le dire, ridicules et traduisent l'embarras d'une administration à court d'argument contre un impôt parfaitement réaliste singulièrement dans les circonstances que nous connaissons trop bien.

Peut-on raisonnablement surseoir à un droit constitutionnel, source de recettes aujourd'hui indispensables? Nous considérons quant à nous qu'il serait coupable de ne pas réintroduire cet impôt dont la perception assurerait une plus juste répartition des charges fiscales compte tenu de la situation des finances fédérales. Ce sont ces raisons qui nous incitent à inviter le Conseil fédéral à élaborer un projet de loi fédérale concernant le droit sur les coupons. D'entente avec M. le président, que je remercie, j'enchaîne immédiatement pour m'exprimer maintenant au sujet de l'impôt anticipé. Remarquons – je crois que ce n'est pas contestable – que la menace d'un impôt sur les coupons a été déterminante quant au taux proposé aujourd'hui. Je rappelle que ce qui semblait impossible hier, soit il y a quelques mois à peine – réponse négative aux questions Eggenberger et Schalcher qui traitaient précisément d'un relèvement de l'impôt anticipé – aura eu pour conséquence la perte de quelques centaines de millions puisque le nouveau taux que l'on s'apprête à voter s'appliquera à partir de 1976 seulement. Nonobstant une campagne peu discrète de l'Association suisse des banquiers, je vo-

terai sans hésitation le relèvement de l'impôt anticipé. C'est ainsi que, lorsque l'Association suisse des banquiers estime que l'impôt anticipé constitue une charge définitive pour les étrangers, il convient de retenir que l'impôt anticipé est remboursé aux personnes domiciliées à l'étranger dans les proportions suivantes: pour les Français, dans une proportion des deux tiers; pour les Hollandais, Suédois et Américains, des cinq sixièmes; pour les Allemands, les Autrichiens et les Anglais, le remboursement est total. Vous invitant à voter le relèvement de l'impôt anticipé, je souhaite qu'il soit réservé bon accueil à ma motion. Je rappelle à ce propos ce que le Conseil fédéral écrivait lui-même: «La nature et la fonction de l'impôt sur les coupons sont différentes de la nature et de la fonction de l'impôt anticipé.»

**Elbel:** Das emotionelle Motiv um die Erhöhung des Verrechnungssteuersatzes von 30 auf 35 Prozent liegt doch wohl zur Hauptsache darin, dass man glaubt, die Defraudation besser in den Griff zu bekommen. Aber man muss die Proportionen im Auge behalten; man weiss nicht, wie viel von dieser Verrechnungssteuer von wirklichen Defraudanten bezahlt wird und wieviel von solchen, die die rechtliche Möglichkeit nicht haben, sie zurückzuverlangen. Aber Fachleute, die die Dossiers kennen, erklären, es könne sich höchstens zu einem Viertel um Defraudanten handeln. Defraudation ist etwas Unschönes; das ist in keiner Weise bestritten. Es ist nur darauf hinzuweisen, dass wahrscheinlich in Zeiten, in denen die oberen Steuerkategorien 50 Prozent und mehr des Ertrages abliefern müssen, sie sich auch durch 35 Prozent Verrechnungssteuer nicht vom Defraudieren abschrecken lassen.

Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass es sehr solide verrechnungssteuerfreie Anlagemöglichkeiten gibt. Der Defraudant hat durchaus die Möglichkeit, wenn ihm der Satz zu hoch scheint, auf solche Anlagen auszuweichen. Ich sage das nur deshalb, weil man in diesem Zusammenhang das Defraudationsproblem nicht allzu sehr hochspielen darf und sich darüber Rechenschaft geben muss, dass es mit dieser vorgeschlagenen Satzänderung nicht gelöst wird.

Es bleiben noch Ueberlegungen wirtschaftlicher Art: Diese Ueberlegungen dürfen nicht dazu führen, einem reinen Fiskalismus zu huldigen und sich über die Konsequenzen nicht klarzuwerden. Die Konsequenzen ergeben sich aus nackten Zahlen. Die für uns in erster Linie massgebenden Industriestaaten kennen Quellensteuersätze, die nirgends höher sind als unsere 30 Prozent, aber an sehr vielen Orten bedeutend niedriger. Nehmen Sie ein Land, mit dem wir uns in dieser Beziehung wohl vergleichen können, nämlich die Niederlande: Belastung der Dividenden mit 25 Prozent, Verrechnungssteuer aller übrigen Zinsen, Obligationen, Bankguthaben usw. mit 0 Prozent; oder das sozialdemokratische Schweden, das hier im Saale sicher seine begeisterten Anhänger hat: Verrechnungssteuer auf Dividenden 30 Prozent, auf allen anderen Guthaben, Bankguthaben, Obligationen usw. 0 Prozent. In den Vereinigten Staaten und in Deutschland werden auf Bankzinsen keine Quellensteuern eingezogen.

Die heutige wirtschaftliche Lage, die Kapitalknappheit, die wir beklagen und die zu an sich sehr unerwünschten Zinserhöhungen führt, zeigt, dass die Schweiz auf ausländisches Kapital angewiesen ist. Jede Uebung, die dieses Kapital abschreckt, muss letzten Endes von der inländischen Wirtschaft getragen werden und zu einer Erhöhung der Zinssätze führen. Ich brauche Ihnen nicht auszumalen, was das bedeutet angesichts der direkten Abhängigkeit der Mieten und der landwirtschaftlichen Preise von den Zinssätzen. Allein in der Elektrowirtschaft rechnet man für die nächsten zehn Jahre mit einer im Ausland zu deckenden Finanzierungslücke von jährlich 500 Millionen Franken. Ja, will man diese Finanzierung durch solche Operationen noch erschweren? Der ausländische Investor ist in letzter Zeit ohnehin durch allerhand Massnahmen ver-

gert worden, und es wäre eine grosse Illusion, zu glauben, man könne eine Quelle, die einmal zum Versiegen gebracht worden ist, nachher ohne weiteres durch einen Druck auf den Knopf wieder zum Fliessen bringen. Die erhöhte Verrechnungssteuer ist aber auch eine Abschreckung für den inländischen Investor. Der Anreiz zu quellensteuerfreien ausländischen Anlagen, die dazu noch höher verzinst werden, müsste zunehmen.

Es ist auch darauf hinzuweisen, dass der kleine Sparer von dieser Verrechnungssteuer hart betroffen wird, weil er auf die Rückerstattung ein bis zwei Jahre warten muss und in dieser Zeit auf der Verrechnungssteuer den Zinsverlust erleidet. Setzt man den Steuersatz hinauf, wird dieser Zinsverlust noch grösser.

Noch im Februar des letzten Jahres hat der Bundesrat auf eine Kleine Anfrage Eggenberger aus dem Ständerat einem solchen Erhöhungsbegehren eine eindeutig ablehnende Antwort erteilt. Ich will Sie von der Verlesung seiner Begründung verschonen, aber darauf hinweisen – Sie können das jederzeit kontrollieren –, dass die Argumente, die der Bundesrat in jener Antwort vom 6. Februar 1974 anführte, durch die seitherige Entwicklung in keiner Weise überholt worden sind; sie gelten nach wie vor in vollem Umfange. Diese Verrechnungssteuererhöhung trägt scheinbar für den Augenblick dem Bund etwas ein, könnte sich aber infolge der angedeuteten Konsequenzen mittelfristig für die ganze Volkswirtschaft sehr negativ auswirken.

Entsprechend meinem Antrag ersuche ich Sie, auf diese Vorlage nicht einzutreten.

**Welter:** Ich bitte Sie dringend, den Antrag Eibel abzulehnen. Man ist sich darüber klar, dass die Verrechnungssteuer nicht alle Defraudanten bewegen wird, nicht mehr zu defraudieren. In der Botschaft können wir aber immerhin nachlesen, dass der Bundesrat in seinen Berechnungen zum Resultat gekommen ist, dass die Erhöhung der Verrechnungssteuer um 5 Prozent für nächstes Jahr Mehreinnahmen von 350 Millionen Franken bringen soll, für 1977 Mehreinnahmen von 220 Millionen. Wenn wir den Defraudanten diese Beträge abjagen können, dann glaube ich, liegt das im Interesse unserer Staatsrechnung.

Was die Ansätze betrifft, sind wir gar nicht so weit entfernt von der internationalen Gepflogenheit. In den USA – auch das können Sie in der Botschaft nachlesen – beträgt dieser Ansatz 30 Prozent, in Frankreich bis zu 33 1/3 Prozent, in Grossbritannien ebenfalls 33 Prozent. Das alles ist also gar nicht so weit weg von den jetzt vorgeschlagenen 35 Prozent.

Komisch erscheint mir die Intervention des Herrn Kollegen Eibel für die kleinen Sparer. Bei diesen kleinen Sparern geht es nicht um derart relevante Beträge, so dass die kleinen Sparer keine so grossen Zinsverluste erleiden wie die grossen Anleger.

Zu den ausländischen Anlegern: Der Bundesrat macht nachdrücklich darauf aufmerksam, dass die ausländischen Anleger in erster Linie auf die Sicherheit ihrer Anlagen in unserem Lande abstellen und es eben in Kauf nehmen, etwas höhere Kosten zu bezahlen, wenn sie dafür wissen, ihr Geld in einem Staat angelegt zu haben, dessen Währung als konsolidiert betrachtet werden darf.

Wir haben also nach meiner Meinung gute Gründe, dem Antrag des Bundesrates und der Kommissionsmehrheit zuzustimmen. Darum bitte ich Sie noch einmal, den Antrag Eibel abzulehnen.

**Eisenring:** Man befindet sich angesichts des Denkens in Fiskalkategorien offenbar auf verlorenem Boden, wenn man, abweichend von den eher emotionell gefärbten Überlegungen, versuchen wollte, mit reinen Sachüberlegungen das Gespräch weiterzuführen.

Es gibt natürlich Hunderte von Gründen, die Sie anführen können, um die Verrechnungssteuer und deren neuerliche Erhöhung plausibel zu machen. Es ist auch üblich geworden – ich habe das vorhin schon ausgeführt –, dass die

Steuereinnahmen einfach entsprechend der Entwicklung der letzten Jahre fortgeschrieben werden. Reicht dies nicht aus, so hilft man mit der Erhöhung der Steuersätze nach. Daraus resultiert dann für den Bundesrat eine Mehreinnahme auch aus der Erhöhung von 30 auf 35 Prozent des Satzes der Verrechnungssteuer! Wenn Sie nun aber die Verhältnisse etwas genauer betrachten und die Details verfolgen, so müssen Sie doch erkennen, dass auf diesem die Verrechnungssteuer dotierenden Markt, nämlich auf dem Geld- und Kapitalmarkt, tiefgreifende Wandlungen in Gang gekommen sind. Auf der einen Seite glauben wir, die Verrechnungssteuer beispielsweise auch auf dem Geldmarkt erhöhen zu müssen, also sind wir am Geldmarkt fiskalisch interessiert, andererseits erlässt die Nationalbank Massnahmen, um dieses Geld, das Verrechnungssteuern bringen sollte, von unserem Markt fernzuhalten! Die gegenläufigen Tendenzen sind ganz offensichtlich, und die Widersprüche sind manifest.

Ich glaube nicht, dass eine Politik zu verantworten ist, die darauf aufbaut, dass man die Einnahmensteigerungen einfach in die Zukunft projiziert, ohne dass man gleichzeitig die in Gang befindlichen Veränderungen, auf die ich kurz hingewiesen habe, gebührend berücksichtigt. In der vorberatenden Kommission haben wir uns zwar einlässlich über diese Frage unterhalten. Herr Kollege Fischer hat sich auch als Experte in dieser Frage erwiesen. Er erklärte zur Rettung des Bundesrates sogar, im 9er Paket, das uns unterbreitet worden ist, sei diese Vorlage «die Perle» des ganzen Paketes! Ich wusste nicht, dass Herr Otto Fischer in seinem Verband auch die unedlen Schmuckhändler organisiert hat! Denn von einer Perle kann man bei dieser Vorlage wirklich nicht sprechen. Es ist höchstens eine falsche, und dies wird sich in der künftigen Entwicklung noch zeigen.

In der Budgetdebatte im Dezember wurde von sehr prominenter gewerkschaftlicher Seite, von Herrn Canonica, auf einen sehr kritischen Punkt hingewiesen. Wir hatten im Jahre 1973 – für 1974 liegen die Zahlen noch nicht vor – ein Bauvolumen in der Grössenordnung von rund 27 Milliarden Franken. Herr Canonica wies darauf hin, dass für das laufende Jahr 17 Milliarden finanziert seien. Ich möchte nun einmal fragen, insbesondere wenn wir auch wieder in Richtung Investitionsförderung Politik machen wollen, wie denn eigentlich allein diese Finanzierungslücke – nebst vielen anderen – geschlossen werden soll, wenn wir unseren Kapitalmarkt nicht attraktiv erhalten, und zwar auch attraktiv für das ausländische Kapital. Es sind doch recht nüchterne Überlegungen, die wir anstellen müssen. Mit Emotionen und darauf basierenden Entscheiden ist dem nicht beizukommen.

Ich möchte ausdrücklich betonen: Es geht mir im Kerne nicht um eine Verrechnungssteuerentlastung für den Geldmarkt; dieser hat seine eigenen Gesetzmässigkeiten. Mir geht es um den Kapitalmarkt, nämlich um die Sicherung mittel- oder noch besser langfristigen Kapitals. Wir dürfen vielleicht daran erinnern, dass wir die grossen Ausbauten der schweizerischen Kraftwerke zum Teil mit Anleihen von 2,75, 3 und 3,25 Prozent mit Laufzeiten von 12, 15 und 25 Jahren finanziert haben. Um dieses Kapital geht es uns, und es war namhaftes ausländisches Kapital dabei. Wo stehen wir aber heute? Der Bund muss froh sein, wenn er noch 7jähriges Kapital für 7,75 Prozent erhält! Allein schon diese Diskrepanz sollte dartun, dass wir alle Veranlassung hätten, dem Kapitalmarkt Sorge zu tragen. Ich möchte daher behaupten, dass dieser bundesrätliche Antrag ein «Antrag des Abbruch-Honegger am schweizerischen Kapitalmarkt» ist. Ich möchte vom Bundesrat daher endlich auch einmal wissen: Was tut man heute noch zur Wahrung der Interessen des schweizerischen Kapitalmarkts, auf dessen Kapazität ein ganz bedeutender Anteil der Wohlstandssteigerung in der Schweiz beruht? Wir müssen uns hier doch mit den Tatsachen auseinandersetzen und nicht nur fiskalistisch denken, sondern auch in längeren Entwicklungslinien.

Mir geht es darum, den schweizerischen Kapitalmarkt und die Gesetzgebung so zu instradieren, dass er nicht nur für die Schweizer, sondern auch für die Ausländer attraktiv ist und bleibt und wir vielleicht wieder einmal die Zeiten erleben, da wir langfristige Werke mit langfristigem Kapital finanzieren können und wir von der jetzigen Notwendigkeit, da wir auf fünf und drei Jahre, wenn es gut geht auf sieben Jahre, finanzieren müssen, wieder wegkommen. Aber hierzu bedarf es auch eines Beitrages des Gesetzgebers. Ich bitte Sie daher, dem Antrag des Kollegen Eibel – bei aller anzunehmenden Einsichtslosigkeit, weil wir jetzt in reinem Fiskalismus machen – zuzustimmen.

**M. Chevallaz, conseiller fédéral:** M. le député Bussey a très aimablement exposé les arguments des adversaires de l'impôt sur les coupons, cela me permettra donc d'être bref. Il a aussi cité une déclaration du Conseil fédéral qui remonte à l'année 1963. Depuis lors, et bien avant moi le Conseil fédéral a changé d'avis pour de bonnes raisons pratiques, qu'il a données, et le Parlement l'a suivi, aussi pour d'excellentes raisons vraisemblablement, car ses jugements sont sages, en général. Notre message en relève clairement les raisons, je ne fais que les résumer très brièvement.

Si nous avons écarté l'idée d'un rétablissement de l'impôt sur les coupons, c'est qu'il frapperait le citoyen suisse qui déclare ses revenus d'une charge supplémentaire, sans tenir compte de sa capacité financière et sans faire jouer la progressivité. C'est donc là ce que j'appellerai l'aspect d'injustice. Les étrangers, pour la plupart, auraient grâce aux conventions de double imposition la possibilité d'obtenir le remboursement de cet impôt, donc il y a distorsion dans le traitement. Ensuite, la coexistence de deux impôts à la source, l'augmentation de près du double, depuis que nous avons abrogé la loi, des sociétés que nous serions astreints à contrôler, exigeraient une augmentation de l'administration, compte tenu d'ailleurs de tous les computers que nous appellerions à la rescousse, sans nous rapporter plus. Et cet impôt ne nous rapporterait pas plus que l'augmentation de l'impôt anticipé que nous proposons, à moins que – mais M. Bussey l'écarte justement – nous ne soumettions les dépôts d'épargne à cet impôt sur les coupons. Nous sommes d'accord pour ne pas l'envisager, nous pénaliserions cette épargne, que l'on veut d'autre part encourager.

En revanche, nous proposons, c'est une suggestion qui vient d'ailleurs des directeurs cantonaux des finances, d'augmenter de 30 à 35 pour cent le taux de l'impôt anticipé. Motif émotionnel, dit M. Eibel. L'émotion serait plutôt chez ceux qui doivent le payer, à vrai dire, que pour nous, émotion qui se justifierait pour autant d'ailleurs que ces contribuables ne déclarent pas leurs revenus.

Nous ne proposons pas cet impôt d'un cœur léger. M. Bussey et M. Eibel ont relevé que l'an dernier, encore, nous répondions négativement aux interventions, dont celle de M. Eggenberger, en particulier, qui nous demandait cette augmentation de l'impôt anticipé. Les circonstances n'étaient pas ce qu'elles sont aujourd'hui et ce sont aujourd'hui les circonstances, le rejet des impôts le 8 décembre et l'aggravation de la situation financière de la Confédération, qui nous contraignent à avoir recours à cet impôt. En même temps, d'ailleurs, il faut dire qu'une meilleure étude du marché des capitaux suisses dans son état actuel et de son fonctionnement nous permet de changer d'avis et de considérer que le risque est minime. Changer d'avis pour la double raison d'un apport supplémentaire de l'ordre de 300 à 400 millions de francs au compte de 1976. Contrairement à l'impôt sur les coupons, l'impôt anticipé ne se heurterait à aucune complication administrative, puisqu'il s'agit simplement d'une majoration de 5 pour cent d'un impôt existant. S'il est vrai que nous aurons désormais le taux le plus élevé d'Europe, il n'y a guère à craindre, à voir en tout cas l'empressement excessif à placer des capitaux en Suisse, à court et à long

terme, et les mesures de dissuasion que le Conseil fédéral et la Banque nationale ont dû prendre, de voir se vider le marché des capitaux suisses. La forte cote de notre monnaie, une fiscalité dans l'ensemble fort modérée, la sécurité des placements, chez nous, le silence et la discrétion qui entourent nos banques resteront des éléments prépondérants pour nous maintenir un grand marché de capitaux. Nous avons pris l'avis des banquiers avant de prendre notre décision. La première réflexion a été après tout un 33,333 pour cent; il conviendrait mieux, parce que c'est plus facile à mettre sur les ordinateurs ou d'autres machines à calculer. Nous nous sommes dit que cet argument était une preuve que nous pouvions aller de l'avant. Il est vrai qu'à la rencontre suivante le Comité de l'Association des banquiers a été quelque peu moins enthousiaste et nous a dissuadé de cette mesure. Mais il ne nous paraît pas que ce soit une catastrophe. Le Conseil fédéral a d'ailleurs tenu à s'entourer de l'avis de ceux qui connaissent bien le marché des capitaux, qui le connaissent d'une manière impartiale, puisqu'ils en ont en quelque sorte la surveillance, je parle du Directoire de la Banque nationale. Le président de ce Directoire a été tout à fait catégorique: «Vous ne courez absolument aucun risque.» D'ailleurs l'étranger, par les accords de double imposition, on l'a rappelé tout à l'heure, dans une forte mesure, et le Suisse bien entendu qui déclare intégralement et honnêtement ses revenus, ne subissent pas d'autres pertes que le retard, dans la rentrée d'un tiers de ses intérêts.

Nous admettons volontiers par contre la limitation de durée – cela peut rassurer quelques esprits – proposée par votre commission et la faculté donnée au Conseil fédéral de revenir au taux de 30 pour cent si les circonstances du marché des capitaux le révélaient indispensable. Mais nous attendons de ce supplément d'impôt anticipé quelque 380 millions de recettes supplémentaires en 1976, nous ne pouvons pas y renoncer. Nous proposons de ne pas accepter la motion de M. le député Bussey, mais nous vous demandons en revanche de ne pas renoncer à cette augmentation de l'impôt anticipé.

**Le président:** Le Conseil fédéral s'oppose à la motion Bussey.

#### *Abstimmung – Vote*

Für Annahme der Motion Bussey	37 Stimmen
Dagegen	92 Stimmen

**Le président:** L'entrée en matière sur la loi fédérale sur l'impôt anticipé est combattue par M. Eibel.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Eintretensantrag der Kommission	120 Stimmen
Für den Nichteintretensantrag Eibel	14 Stimmen

#### **Titel und Ingress**

##### *Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

#### **Titre et préambule**

##### *Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

#### *Angenommen – Adopté*

#### **Ziff. I Ingress**

##### *Antrag der Kommission*

Das Bundesgesetz über die Verrechnungssteuer wird wie folgt geändert:

#### **Ch. I préambule**

##### *Proposition de la commission*

La loi fédérale sur l'impôt anticipé est modifiée comme il suit:

#### *Angenommen – Adopté*



**Art. 5 und 6***Antrag der Kommissionsminderheit*

(Tschopp, Allgöwer, Biel, Fischer-Bern, Masoni, Trottmann, Weber-Altdorf)

*Art. 5 Abs. 1 Buchst. c*

Die Zinsen von auf den Namen lautenden Spar-, Einlage- oder Depositenheften und Spareinlagen, wenn der Zinsbetrag für ein Kalenderjahr 100 Franken nicht übersteigt;

*Art. 6 Abs. 1*

Gegenstand der Verrechnungssteuer auf Lotteriegewinnen sind ausgerichtete Geldtreffer von über 100 Franken aus Lotterien, die im Inland zur Durchführung gelangen.

**Art. 5 et 6***Proposition de la minorité de la commission*

(Tschopp, Allgöwer, Biel, Fischer-Berne, Masoni, Trottmann, Weber-Altdorf)

*Art. 5, al. 1, let. c*

Les intérêts des carnets nominatifs d'épargne ou de dépôt et des dépôts d'épargne nominatifs, si le montant de l'intérêt n'excède pas 100 francs pour une année civile;

*Art. 6 al. 1*

L'impôt anticipé sur les gains faits dans les loteries a pour objet les lots en espèces effectivement payés dépassant le montant de 100 franc et provenant de loteries organisées en Suisse.

**Le président:** Nous sommes en présence de deux propositions (art. 5 et 6) présentées par la minorité de la commission. M. le député Tschopp a la parole.

**Tschopp,** Berichterstatter der Minderheit: Mit der Erhöhung des Verrechnungssteuersatzes auf 35 Prozent, wie Sie soeben beschlossen haben, werden viele Sparer, vor allem die Kleinsparer, verärgert, und zwar in erster Linie die ehrlichen Deklaranten, nicht die Defraudanten; für die habe ich mich nicht einzusetzen.

Mit unserem Antrag möchte ich die Opposition gegenüber dieser Satzerhöhung auflockern und den Stimmbürgern und -bürgerinnen die Zustimmung zum gesamten Massnahmenpaket etwas erleichtern.

Bei Einführung der Verrechnungssteuer im Jahre 1944 war der Sparheftzins bis 15 Franken steuerfrei, ab 1959 bis 40 Franken und ab 1963 oder 1964 bis 50 Franken. Wir haben heute allen Anlass, die Anlage von Spargeldern zu fördern. Wir haben einen speziellen Bericht des Finanzdepartements über die Sparförderung erhalten. Unser Bankensystem ist auf diese langfristigen Gelder angewiesen; sie sind in der Regel und bis zu einem gewissen Umfang der Gegenposten in den Bankbilanzen zu den Hypothekendarlehen. Es gibt Hypothekendarlehen, die ihre Hypothekenanlagen bis zu 70 Prozent aus diesen Spargeldern finanzieren können. Zum Glück sind nicht alle Leute dem reinen Sachwertdenken verfallen.

Ein weiterer Grund für die Erhöhung des Freibetrages ist die Anpassung an die Geldentwertung. Wenn für 1963 oder 1964 ein Freibetrag von 50 Franken als richtig angesehen wurde, dürfte die Limite von 100 Franken heute gegeben sein. Zu dieser Kategorie – Sie sehen das aus der Fahne, Artikel 6 Absatz 5 – gehören auch die Lotteriegewinne unter 100 Franken, die bisher nur bis 50 Franken steuerfrei waren. Es ist mir klar, dass wir mit den zur Diskussion stehenden Gesamtmassnahmen des Pakets, das wir diese Woche behandeln, die Deckung der Finanzlücke herbeiführen müssen. Mein Antrag ergibt einen Steuerausfall; aber auf der anderen Seite müssen wir unter allen Umständen die Zustimmung der Stimmbürger erwirken. Die Steuerverwaltung hat errechnet, dass diese Milderung des Sparheftprivileges einen Steuerausfall von rund 30 bis 35

Millionen ergeben könnte. Aber was sind diese 30 Millionen auf oder ab im Gesamtrahmen unseres Budgets von 14 Milliarden; es geht um eine bescheidene Grössenordnung. Sie sehen aus dem Voranschlag 1975 (S. 92\*), dass im Jahre 1973 aus der Verrechnungssteuer beim Bund sage und schreibe 983 Millionen liegen geblieben sind, und das Budget 1975 rechnet sogar mit einem Betrag für die Verrechnungssteuer von über einer Milliarde. Es steckt also in der Verrechnungssteuer etwas drin.

Und jetzt noch die praktische Wirkung: 50 Franken Freigrenze entsprechen bei einem Zinssatz von 5 Prozent einem Kapital von 1000 Franken; 5 Prozent auf 1000 Franken ergeben 50 Franken. Die Freigrenze von 100 Franken entspricht bei 5 Prozent Zins einem Kapital von 2000 Franken. Wenn Sie dem Antrag der Kommissionsminderheit zustimmen, unterliegt also der Zinsertrag eines Sparheftes von 2000 Franken, wahrhaftig ein bescheidener Kapitalbetrag, nicht mehr der Verrechnungssteuer – eine bescheidene Steuererleichterung! Das Kapital muss auf alle Fälle versteuert werden und wird auch – normalerweise – im Wertschriftenverzeichnis aufgenommen. Ich bitte Sie deshalb, dieser bescheidenen Erleichterung Ihre Zustimmung zu geben.

**Auer:** Ich bitte Sie, den Minderheitsantrag Tschopp zu unterstützen. Zwei Gründe sprechen dagegen: Der erste ist der Steuerausfall, den die Steuerverwaltung auf 30 bis 35 Millionen Franken schätzt. Ob er sich überhaupt prognostizieren lässt, ist freilich schwer zu sagen, weil wir nicht wissen, in welchem Ausmass die Leute von einem veränderten Verrechnungssteuerprivileg gegebenenfalls Gebrauch machen werden. Jedenfalls wird ein Ausfall nicht vor 1976 entstehen.

Der zweite Grund dagegen ist, dass mit dem Verrechnungssteuerprivileg die Steuermoral relativiert wird. Sie sagen also: Bis zu einem Vermögen von 2000 Franken bzw. Zinsen von 100 Franken darf man die Steuern umgehen, nachher ist es eine Sünde! Weder in der Bibel noch sonst in einer Moralschrift ist die Sünde quantifiziert. Insofern ist es allerdings gleichermassen problematisch, ob Sie die Freigrenze bei 15, 40 oder bei 50 Franken festlegen, wie bisher, oder bei 100 Franken, wie nun beantragt wird. Es ist immerhin zu sagen: Das Verrechnungssteuerprivileg entbindet formell nicht von der Steuerpflicht; man ist genau gleich steuerpflichtig. Aber de facto duldet es der Staat, dass man hier ein kleines Vermögen auf die Seite legen kann, ohne es dem Fiskus zu deklarieren. Ich bitte Sie, in den früheren Protokollen nachzulesen. Es ist interessant, wie bei den Verhandlungen über die Verrechnungssteuer dieses moralische Problem in den beiden Kammern behandelt, beurteilt und entschieden worden ist. Ich halte mich hier ausnahmsweise an einen der politischen Grundsätze von Herrn Schwarzenbach: «Was du erbt von deinen Vätern, erwirb es, um es zu besitzen.» Wir haben nun dieses Privileg von unseren Vätern, und die werden es wohl recht gemacht haben.

Nun gibt es vier wesentliche Gründe für eine Erhöhung. Der Hauptgrund ist die Inflation. Seit der letzten Festsetzung auf 50 Franken bis 1975 haben wir rund 80 Prozent Teuerung; also allein schon, wenn Sie auch diesen «Sündenfall» indexieren, kommen Sie auf 90 Franken. Der zweite Hauptgrund aber ist vor allem ein Entgegenkommen gegenüber dem Kleinsparer. Er ist nun wirklich das Hauptopfer der Inflation. Sie wissen, dass letztes Jahr wegen der Inflation ungefähr 15 bis 16 Milliarden Franken von Spargeldern umverteilt worden sind. Es sind vor allem die Kleinsparer, die Rentner, die heimgesucht werden, und zwar nicht nur durch die Inflation, sondern auch durch den Fiskus. Lassen Sie mich dies an zwei Beispielen zeigen: Nehmen Sie an, es habe jemand 50 000 Franken angelegt und davon 2000 Franken Zins, er sei ferner Bezüger eines kleinen Arbeitseinkommens von 18 000 Franken. Dann bezahlt er im Kanton Bern wegen der zusätzlichen 2000 Franken Einkommen zusätzlich 364 Franken Einkommens-

steuer, überdies 148 Franken Vermögenssteuer und zusätzlich noch 21 Franken Wehrsteuer; also für die 2000 Franken aus dem kleinen Vermögen bezahlt er zusätzlich 533 Franken Steuern! Er hat aber durch die Inflation von 8 Prozent einen Verlust von 4000 Franken, dazu kommen diese 533 Franken zusätzliche Steuerbelastung; 2000 Franken beträgt der Zins, was netto für sein kleines Vermögen von 50 000 Franken einen Verlust von 2533 Franken oder von 5 Prozent ergibt. Also dieser kleine Mann, der etwas gespart hat, wird netto mit 5 Prozent Verlust bestraft! Nehmen Sie nun aber bei einem gleich grossen Vermögen von 50 000 Franken auch ein Einkommen von 50 000 Franken an — was nach der sozialdemokratischen Reichtumssteuerinitiative immer noch etwas Moralisches ist —, dann bezahlt dieser Vermögensbesitzer zusätzlich 761 Franken Steuern für das Vermögen und die 2000 Franken Zinsertrag, d.h. mehr Steuern als Verrechnungssteuer (diese betrug bisher 600 Franken und würde nun auf 700 Franken steigen). Das ist der durchschnittliche Steuerbetrag im Kanton Bern: Wohnt der Unglückliche in Frutigen, dann bezahlt er 855 Franken zusätzlich Steuern; wenn er das Glück hat, in Muri zu wohnen — keiner von uns hat dieses Glück —, dann bezahlt er «nur» 666 Franken zusätzlich, aber immerhin auch dort noch zuviel. Er hat einen Nettoverlust von 5,5 Prozent.

Nun wird man einwenden: Ja, hier geht es nicht nur um die kleine alte Frau, die lediglich ein Sparbüchlein hat. Da kommen andere Leute und legen 100 000 Franken in 50 Sparbüchlein zu 2000 Franken an, teilweise auf den Namen der Kinder, verteilt auf möglichst viele Bankfilialen; man kann in diesem «Internationalen Jahr der Frau» auch die eigene Gattin miteinbeziehen; man kann also in der Tat ein grösseres Vermögen derart verteilen. Aber das ist vom Standpunkt der Rendite ziemlich ungeschickt; wenn solche Sparbüchleinverteiler nämlich Obligationen kaufen würden, hätten sie wegen des höheren Zinssatzes zusätzlich rund 2000 Franken Zinsen, also mehr als sie durch die Umgehung der Verrechnungssteuer, durch ihre komplizierte Anlagepolitik einsparen können.

Der dritte Grund ist der Zinsverlust auf der Verrechnungssteuer selbst. Sie haben einen Zinsertrag, man zieht Ihnen 30 bzw. 35 Prozent ab. Bei 100 000 Franken Vermögen beträgt der Zins rund 5000 Franken; die Bank zieht Ihnen 1750 Franken ab, die Ihnen via Rückerstattung durch die Steuerverwaltung nach einem bis anderthalb Jahren wieder gutgeschrieben werden. Der Steuerzahler hat also auf der Verrechnungssteuer selbst noch einmal einen Zinsverlust von 100 bis 130 Franken. Ob diese nun dem Staat zugute kommen oder der Bank, ich weiss es nicht, für den Sparer ist dies irrelevant.

Und der vierte Grund schliesslich ist, dass wir jetzt die Verrechnungssteuer auf 35 Prozent, wenn auch zeitlich begrenzt, erhöhen wollen. Wenn es uns offenbar schwer genug fällt, die Inflation selbst zu bekämpfen, so sollten wir wenigstens etwas tun — dies wäre nun im Sinne einer gerechteren Vermögensverteilung —, um wenigstens die Auswirkungen zu mildern. Und wie gesagt, die Kleinsparer sind die Hauptbetroffenen. Ich glaube, wir sollten durch die Erhöhung von 50 auf 100 Franken dieser Kategorie von betroffenen Sparern etwas entgegenkommen.

**König-Zürich:** Wir haben jetzt die ganze Woche ein Massnahmenpaket behandelt, das praktisch ausschliesslich den Bürger belastet. Man nimmt ihm etwas weg, was man ihm bisher gegeben hat — sei es direkt über den Bund, sei es indirekt über die Kantone und die Gemeinden — und man erhöht seine Leistungen, AHV, Erwerbsersatzordnung und Steuern. Wir haben im Grunde genommen nie, oder nur ausnahmsweise bei dieser kleinen Anstrengung zum Ausgleich der kalten Progression, von dem gesprochen, der das Ganze zahlen muss. Ich glaube einfach, wir sind im Begriff, wieder in einem Turm zu leben und nicht zu sehen, dass in einer Demokratie alle unsere Anordnungen schlussendlich die Zustimmung unserer Stimmbürger nötig

haben. Diese Stimmbürger dürfen erwarten, dass wir ihre Situation auch sehen. Ich bin erfreut, dass der Antrag der Minderheit wenigstens diese Frage zur Diskussion stellt.

Ich habe mich schon einmal an dieser Tribüne für diese Erhöhung der Freigrenze eingesetzt. Sie ist geschaffen worden, um die unnötigen, übertriebenen administrativen Umtriebe des Bürgers und der Verwaltung in einem vernünftigen Mass zu halten. Die administrativen Umtriebe fallen ins Gewicht: Wenn Sie bedenken, dass man heute — und ich rede jetzt von jenen Leuten, und sie sind zahlreich, die ein einziges Sparheft zu Hause haben — für einen Zinsertrag von 50 Franken eine Verrechnungssteuer für 15 Franken zurückfordern muss und hierzu, wenn man eben sonst kein Vermögen besitzt, ein besonderes Formular bei der Steuerverwaltung anfordern muss, dass man dieses Formular lesen, studieren, ausfüllen, unterschreiben und womöglich noch einen Beleg beschaffen muss; dass man diese Dokumente anderthalb Jahre aufbewahren muss, weil man normalerweise nur alle zwei Jahre zur Steuererklärung kommt, dass man dann noch einmal warten muss, ob das akzeptiert oder ob man vorgeladen wird, um diese Geschichte zu überprüfen, um dann schliesslich vom Steueramt diese 15 Franken und ungerade zurückzuerhalten. Da muss ich Ihnen sagen, nach aller Erfahrung — jeder Gewerkschaftsfunktionär und jeder Treuhänder kleineren Umfangs wird Ihnen das bestätigen können — gibt es viele Leute, die darauf verzichten, diese Arbeit zu machen, erstens weil sie sich davor scheuen, sie verstehen sie nicht, und zweitens weil sie das Geld nicht haben, um einen Steuerberater zu bezahlen. Darf ich Ihnen bekennen, dass ich selber mindestens zehn solche Anträge ausfülle, gratis und franko, für Leute, von denen ich weiss, dass sie im anderen Falle diese Steuer nicht zurückfordern werden. Kommt hinzu, dass normalerweise diese Leute gar keine Steuer schuldig sind, weil sie in Einkommens- und Vermögensverhältnissen leben, bei denen keine Steuer erhoben oder die Steuer erlassen wird wegen ihrer bescheidenen Verhältnisse. Der ganze administrative Aufwand ist also ein Leerlauf. Am Schluss muss dieses Geld zurückgegeben werden. Dass diese Verhältnisse zudem durch den Geldwert verschoben worden sind, liegt doch auf der Hand. Wenn im Jahre 1962 die Freigrenze für diese administrativen Umtriebe bei 15 Franken Verrechnungssteuer als unverhältnismässig hoch betrachtet wurden, sind sie heute sicher mit 30 Franken verhältnismässig genau gleich hoch. Wir passen also mit dem Antrag der Minderheit lediglich die Situation dem heutigen Geldwert an. Wir machen nichts Neues, wir machen das, was unsere Väter gemacht haben und stellen es wieder auf die damalige Basis.

Die gleichen Verhältnisse herrschen bei den Lotteriegewinnen. Die kantonale Grosslotterie ist durch die Geldentwertung gezwungen worden, ihren Einsatz zu verdoppeln. Damit sind auch die Gewinne im dritten Rang verdoppelt worden von bisher 20 bis 40 Franken auf 40 bis 80 Franken. Jede Woche — Sie können das an den Anschlägen der Ablagen lesen — werden etwa 8000 bis 10 000 Gewinne im dritten Rang ausgeschüttet in der Grössenordnung zwischen 40 und 80 Franken. Wenn es Fr. 50.15 sind, muss die Lotterie 15 Franken Verrechnungssteuer abziehen und der Gewinner hat dann nach Jahr und Tag die abgezogene Verrechnungssteuer geltend zu machen. Ich behaupte — und das weiss ich nun genau —, dass 99 Prozent dieser Gewinner den Ausweis glatt leisten können, dass sie in den vergangenen anderthalb Jahren für mehr als 50 Franken Einsätze geleistet haben, mit denen sie nichts gewonnen haben. Weil diese Einsätze, mit denen man nichts gewinnt, bei der Steuer als Gewinnungskosten abzugsberechtigt sind, wird überhaupt keine Steuer geschuldet. Man hat also diese Umtriebe mit seinem Verrechnungsantrag — und es sind in der Regel Leute, die kein Vermögen haben, die mit den Lotterien spielen —; man muss nicht nur den Gewinnzettel, sondern auch die Verlustzettel aufbewahren. Man muss sie alle an das Steueramt schicken, dort muss

die Geschichte geprüft werden und am Schluss muss das Geld zurückerstattet werden.

Ich habe Herrn Direktor Locher vor kurzem erklärt, es seien jetzt, in der heutigen Situation, im Jahr 200 000 bis 300 000 zusätzliche Verrechnungsanträge allein von dieser kantonalen Grosslotterie, die hier ausgelöst werden. Das heisst mit anderen Worten: Wenn man die Leute dazu brächte — glücklicherweise haben wir sie noch nicht dazu gebracht —, alle diese Verrechnungsanträge zu stellen und die Steuer zurückzufordern, dann müssten wir wahrscheinlich zwischen 50 und 100 zusätzliche Steuerkommissäre in den Kantonen anstellen, um diesen Leerlauf zu bewältigen. Ich möchte Sie einfach ehrlich darum bitten, daran zu denken, dass dieses Geld, das hier zurückbehalten wird, eigentlich den Bürgern nach Recht und Gesetz zusteht, dass der Staat es gar nicht zugut hat. Es ist bis heute nur deshalb in seiner Kasse geblieben, weil wir für den Bürger einen Administrativhag aufgebaut haben, den er nicht übersteigen will, da er ihm zu kompliziert ist. Aber zurück bleibt beim Betroffenen ein ungutes Gefühl, das ungute Gefühl, dass er um etwas geprellt wird, das eigentlich ihm gehört. Ich weiss, dass die Steuerverwaltung, wenn sie einmal — das ist wie bei einem Raubtier — etwas in den Pranken hat, sie diese Beute nicht mehr loslässt. Aber in einer Demokratie ist es auf die Dauer sicher gefährlich, mit dem Bürger auf diese Weise umzuspringen. Der Bürger muss selber das Gefühl haben, dass der Staat es mit ihm ehrlich und recht meint und ihm das zurückgibt oder das belässt, was ihm gehört. Ich bitte Sie dringend, dem Minderheitsantrag zuzustimmen.

**Schalcher:** Auf Seite 17 der Fahne oben steht auch «Minderheit». Wir haben daraus in der Fraktion geschlossen, dass die Minderheit von Seite 16 hier auf Seite 17 auch den Antrag des Bundesrates aufnehme, nämlich die Erhöhung der Verrechnungssteuer auf 35 Prozent zeitlich unbeschränkt. Nun höre ich soeben, dass das ein Fehler auf der Fahne sei, dass sich die Minderheit nur auf die Befreiungen in den Artikeln 5 und 6 auf Seite 16 beziehe. In dem Falle nehme ich den Antrag des Bundesrates auf (Seite 17, Erhöhung der Verrechnungssteuer auf 35 Prozent, zeitlich unbeschränkt). Ich sehe nicht ein, warum wir diese Erhöhung auf 35 Prozent beschränken sollen. Wir erhöhen ja die Befreiungsbeträge auf Seite 16 bei den Artikeln 5 und 6 auch zeitlich unbeschränkt, dann sollte also logischerweise auch die Erhöhung der 35 Prozent zeitlich unbeschränkt sein. Wie ich schon beim Eintretensreferat gesagt habe: Diese Verrechnungssteuer betrifft niemand, der ehrlich versteuert; er bekommt sie nämlich auf Heller und Pfennig zurück.

Ich beantrage Ihnen im Namen meiner Fraktion die Aufnahme des Antrages des Bundesrates, Erhöhung auf 35 Prozent und zeitlich unbeschränkt.

**Bürgi:** Der Antrag des Herrn Schalcher veranlasst mich, kurz zu Ihnen zu sprechen.

Ich möchte Ihnen beliebt machen, dass Sie der Kommission, die einstimmig war, und dem Bundesrat zustimmen. Sie haben beim Eintreten Bedenken gegen die Erhöhung der Verrechnungssteuer gehört, die nicht einfach von der Hand zu weisen sind. Die Kommissionsmehrheit wollte diesen Ueberlegungen ein Stück weit entgegenkommen, indem sie die Erhöhung der Verrechnungssteuer als Zuschlag im Rahmen eines Notprogrammes ausgestalten will. Aus diesem Grunde kam die Befristung hinein. Man kann dann Erfahrungen sammeln. Wenn die Erfahrungen gut sind, wird es zweifellos im Rahmen des nächsten Bundesfinanzpaketes zu einer Verlängerung der erhöhten Verrechnungssteuer kommen. Falls die in Aussicht gestellten schlechten Erfahrungen, vor allem die Beeinträchtigung der Kapitalversorgung der Schweiz, Realität werden sollten, kann die Erhöhung auslaufen. Es liegt kein Grund vor, dass wir von dieser Mittellösung, die in der Kommission zustande gekommen ist, abgehen. Ich möchte Sie sehr da-

rum bitten, der geschlossenen Kommission und dem Bundesrat zuzustimmen und den Ergänzungsantrag Schalcher abzulehnen.

**Diethelm,** Berichterstatter der Mehrheit: Ich kann vorweg bestätigen, dass hier bei der Erhöhung kein Minderheitsantrag vorliegt und dass die Kommission geschlossen dieser Erhöhung mit der Befristung zustimmt, wie das Herr Bürgi soeben gesagt hat.

Nun zum Abänderungsantrag der Herren Tschopp und Biel, wie er hier vertreten wurde: Der Antrag wurde bereits in der Kommission diskutiert. Herr Direktor Locher wies vorerst auf die Motive für die Einführung der Verrechnungssteuer hin. Eine Steuer, die der Defraudation Hindernisse in den Weg stellen will, muss wirksam sein. In der Diskussion bei den Kommissionsberatungen wurde erklärt, dass vornehmlich betagte Leute und Jugendliche im guten Glauben sind, mit der Verrechnungssteuerbelastung an der Quelle seien sie von der Deklarations- und Steuerpflicht für Wertschriften, Lotteriegewinne und dergleichen entbunden. Dadurch entstehen vielfach Unannehmlichkeiten für die Steuerpflichtigen. Die Nachteile einer Erhöhung der Freigrenze auf 100 Franken sind wesentlich grösser als die Vorteile. Ich bin mit Herrn Tschopp durchaus einverstanden, dass wir die Sparförderung unterstützen sollen. Aber dazu muss noch gesagt werden, dass die ehrlichen Steuerpflichtigen die Verrechnungssteuer vollumfänglich zurück-erhalten. Diejenigen, die die verrechnungssteuerbelasteten Einkommens- und Vermögensbestandteile nicht deklarieren, verlieren den vollen Quellensteuerabzug von den neu vorgeschlagenen 35 Prozent. Das macht für Sparhefte mit Zinssätzen von 6 Prozent pro Jahr beispielsweise 2,1 Prozent oder mehr als einen Drittel des Bruttoertrages aus. Bei der ordentlichen Besteuerung ist die Belastung für die meisten Steuerpflichtigen, insbesondere bei Besitzern von Sparheften, viel kleiner als bei der Verrechnungssteuer. Dazu kommt, dass die meisten kantonalen Steuergesetze, aber auch die eidgenössische Wehrsteuer, beim Einkommen für Zinsen auf Sparkapitalien und für Versicherungsprämien Abzüge zulassen, so dass bei den kleinen Steuerzahlern, insbesondere bei den Betagten, diese Einkünfte steuerfrei sind. Man würde vielen Steuerpflichtigen einen schlechten Dienst erweisen, wenn man sie durch die Erhöhung der Freigrenze dazu veranlassen wollte, die Sparhefte nicht mehr zu deklarieren. Gerade die Kleinsparer haben kein Interesse an der Erweiterung dieses Privilegs. Ich möchte aber noch auf die Möglichkeit der Steuerhinterziehung aufmerksam machen, die immer wieder ausgenutzt wird. Es gibt immer noch Steuerpflichtige, die ihr Ersparnis in Dutzenden von Sparheften angelegt haben. Sobald die Zinsgutschriften an die Nähe der Freigrenze kommen, werden wieder neue Sparhefte eröffnet und die Zinsgutschriften in die neuen Sparhefte eingelegt. Ich könnte Ihnen Beispiele aus meiner früheren Tätigkeit vor 20 Jahren als Steuerkommissär erwähnen. Ich hatte damals selbst einen Fall zu behandeln, wo ein Steuerpflichtiger — damals war das Privileg noch wesentlich tiefer — 180 Sparhefte mit Bruttobeträgen unter der Freigrenze besass. Die Umtriebe bei den Banken für diese Mini-Sparhefte sind ganz beträchtlich.

Nun zu den Ausfällen: Es ist nicht leicht, diese Ausfälle richtig zu schätzen. Zurzeit liegen bei den schweizerischen Banken rund 4,5 Millionen Sparhefte mit Zinserträgen von weniger als 100 Franken. Herr Tschopp hat bereits erwähnt, dass nach Herrn Direktor Locher von der Eidgenössischen Steuerverwaltung der Ausfall an Verrechnungssteuereinnahmen, wenn dieses Privileg im Sinne des Antrages der Kommissionsminderheit erweitert würde, rund 30 bis 40 Millionen Franken betragen würde. Bei den Lotterieerträgen liegen sie in einem sehr bescheidenen Rahmen (rund 1,5 Millionen Franken).

Die Gründe, die für die Beibehaltung der bisherigen Freigrenze von 50 Franken sprechen, überwiegen nach Auffassung der Kommissionsmehrheit die Gründe, die von den

Sprechern der Kommissionsminderheit hier vertreten wurden. Die administrativen Umtriebe würden sogar eingeschränkt, insbesondere bei den Banken, wo mit Computern heute diese Verrechnungssteuerabzüge berechnet würden, wenn die Freigrenze vollständig beseitigt würde. Herr König hat gesagt, wenn die Steuerverwaltung etwas in den Händen habe, dann liesse sie es nicht mehr los. Als ehemaliger Regierungsrat muss er es ja wissen, dass im Leistungsstaat die Steuerverwaltung eine der wichtigsten Verwaltungen darstellt. Wie könnte sonst ein Regierungsrat überhaupt regieren?

Ich möchte Ihnen aufgrund dieser Darlegungen empfehlen, in Uebereinstimmung mit dem Bundesrat und in Uebereinstimmung mit der Kommissionsmehrheit die Minderheitsanträge abzulehnen.

**M. Wilhelm**, rapporteur de la majorité: Il s'agit du privilège des carnets d'épargne et de dépôt qui est actuellement de 50 francs. M. Tschopp et la minorité de la commission proposent de porter ce privilège fiscal de 50 à 100 francs. Quant aux responsables des finances soit à l'échelon fédéral, soit à l'échelon des cantons, ils s'opposent en général à cette augmentation car ils ne veulent pas encourager une non-déclaration, c'est une question de principe, et ils estiment également que les déductions sont actuellement suffisantes. Il faut habituer les contribuables à récupérer leur impôt anticipé, ce qui se fait encore relativement peu, spécialement dans les campagnes, d'après quelques indications qu'on peut avoir, et il faut surtout habituer tous les contribuables à annoncer leurs revenus, leurs privilèges et leur fortune, petite ou grande. D'après les estimations de l'administration fédérale des finances, ce privilège fiscal des carnets d'épargne laisse un manque à gagner de 35 à 40 millions de francs annuellement sur un total de quatre millions et demi de carnets d'épargne. Quant aux loteries, il s'agit d'une somme moindre d'un million et demi. M. Diethelm, notre président de commission, pour illustrer le problème, vous a cité le cas d'un certain contribuable qui avait 180 carnets d'épargne distribués un peu partout. Vous vous rendez compte des complications administratives soit pour les banques, soit pour l'autorité fiscale lorsqu'elles se trouvent devant de tels phénomènes. Dans l'ensemble, votre commission estime que la proposition de la minorité de la commission apporte plus d'inconvénients que d'avantages et en conséquence la majorité de la commission vous prie de repousser cet amendement.

**M. Chevallaz**, conseiller fédéral: On peut admettre qu'un certain nombre de raisons qui font battre les cœurs. Il y a le fait que ces 100 francs c'est une adaptation à l'évolution des prix. Il y a le fait d'un certain impact psychologique. Il y a un geste de bon cœur, de goodwill. On est au terme d'un exercice de rigueur et les gens généreux veulent tendre une petite fleur à l'épargne. Mais je dois faire valoir des réserves qui sont identiques à celles de MM. les rapporteurs. Tout d'abord cela nous coûterait, et c'est pour moi l'argument principal bien entendu, entre 30 et 50 millions dès 1977. Puis la démonstration en a été faite par un spécialiste, M. le président Diethelm, qui a travaillé longtemps comme commissaire aux impôts et qui nous parle des possibilités non pas de fraude de grand style mais en tout cas de l'encouragement donné à une quantité importante de laxistes fiscaux qui peuvent multiplier leurs carnets d'épargne. Evidemment, on me dira, et M. König en particulier, que c'est un peu moins facile d'accumuler les billets gagnants de loterie dans ce domaine; je reconnais qu'on ne peut pas utiliser le même procédé. On n'en a généralement qu'un tous les trois ans. Mais je voudrais relever également un autre élément qui est un élément de principe. Au fond, si l'on veut faire un geste pour favoriser le petit épargnant, le petit contribuable d'une manière générale, il paraît moins que ce geste doive être fait par l'imposition à la source, par des défalcatons qui sont aveugles, qui sont schématiques, qui peuvent profiter à un mil-

liardaire qui aurait un carnet d'épargne de 2000 francs dans une banque. Si l'on veut faciliter le contribuable petit et moyen, c'est plutôt par la fiscalité directe, par une progressivité et des déductions qui soient adaptées aux situations personnelles. C'est par ce moyen là qu'il convient d'apporter à l'impôt les corrections sociales justifiées. Dès lors, malgré le charme de la fleur qui nous est offerte, je vous propose qu'on en reste aux 50 francs actuels.

**Le président:** La minorité propose les deux articles 5 et 6 nouveaux. La majorité de la commission et le Conseil fédéral s'opposent à ces propositions.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Mehrheit	64 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	67 Stimmen

#### **Art. 13 Abs. 1 Buchst. a und Abs. 2**

##### *Antrag der Kommission*

##### *Abs. 1*

Die Steuer beträgt:

##### *Buchst. a*

Auf Kapitalerträgen und Lotteriegewinnen: 30 Prozent der steuerbaren Leistung.

##### *Abs. 2 (neu)*

In den Jahren 1976 bis 1979 wird die Steuer gemäss Absatz 1 Buchstabe a um einen Sechstel auf 35 Prozent erhöht. Der Bundesrat kann diese Erhöhung vorzeitig je auf ein Jahresende rückgängig machen, sofern es die Entwicklung der Währungslage oder des Kapitalmarktes erfordert.

##### *Antrag Schalcher*

Nach Entwurf des Bundesrates

#### **Art. 13 al. 1 let. a et al. 2**

##### *Proposition de la commission*

##### *Al. 1*

L'impôt anticipé s'élève:

##### *Let. a*

Pour les revenus de capitaux mobiliers et les gains faits dans les loteries: à 30 pour cent de la prestation imposable;

##### *Al. 2 (nouveau)*

Durant les années 1976 à 1979, l'impôt selon le premier alinéa, lettre a, est augmenté d'un sixième et fixé à 35 pour cent. Le Conseil fédéral peut abroger prématurément cette augmentation à la fin d'une année, en tant que la situation monétaire ou le marché des capitaux l'exige.

##### *Proposition Schalcher*

Selon le projet du Conseil fédéral

**Le président:** Tout en donnant raison à M. Schalcher en ce qui concerne le défaut de présentation dans le dépliant, je crois que la chose est maintenant claire. M. Schalcher veut-il encore s'exprimer quant à sa proposition? Il s'absent, MM. les membres de la commission, le Conseil fédéral également. Ainsi nous nous trouvons devant la situation suivante: la proposition de la commission est infirmée par celle de M. Schalcher qui se prononce pour le texte original du Conseil fédéral.

#### *Abstimmung – Vote*

Für den Antrag der Kommission	105 Stimmen
Für den Antrag Schalcher	21 Stimmen

#### **Ziff. II und III**

##### *Antrag der Kommission*

Zustimmung zum Entwurf des Bundesrates

**Ch. II et III***Proposition de la commission*

Adhérer au projet du Conseil fédéral

*Angenommen – Adopté**Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble*

Für Annahme des Gesetzentwurfes

131 Stimmen

Dagegen

1 Stimme

*Rückzug eines Postulates – Retrait d'un postulat***Le président:** M. le député Eibel retire son postulat 12203 sur le budget 1975. Nous en prenons acte en le remerciant.*An den Ständerat – Au Conseil des Etats**Hier wird die Beratung abgebrochen**Ici, le débat est interrompu**Schluss der Sitzung um 12.35 Uhr**Le séance et levée à 12 h 35***Siebente Sitzung – Septième séance****Donnerstag, 30. Januar 1975, Nachmittag****Jeudi 30 janvier 1975, après-midi**

16.00 h

*Vorsitz – Présidence: M. Kohler Simon***12 212****Bundesfinanzen. Massnahmen 1975  
Finances fédérales. Mesures 1975**

Siehe Seite 120 hiervor — Voir page 120 ci-devant

*Fortsetzung – Suite***VII****Bundesbeschluss über die Erschwerung  
von Ausgabenbeschlüssen****Arrêté fédéral freinant les décisions en matière  
de dépenses***Antrag der Kommission*

Eintreten

*Proposition de la commission*

Passer à la discussion des articles

**Diethelm**, Berichterstatter: Sie verzeihen mir, wenn ich zu diesem Beschluss nur ganz wenige Worte spreche. Ich nehme an, der Beschluss sei Ihnen inhaltlich bekannt. Volk und Stände haben am 8. Dezember diesem Beschluss zugestimmt. Er konnte deshalb nicht wirksam werden, weil er wegen der Verkoppelung mit der Steuervorlage hinfällig werden musste. Die Neuauflage dieses Beschlusses hat nicht einhellige Begeisterung ausgelöst, aber psychologische Gründe sprechen dafür, diesen Beschluss hier wieder aufzunehmen. Ich möchte Ihnen beantragen, Eintreten zu beschliessen und den ausgeteilten neuen Text zu diesem Beschluss mit dem Text in der Fahne zu vergleichen. Die Kommission hat dem neuen Text mit der neuen Gliederung in I Artikel 13 und II einhellig zugestimmt.

Ich beantrage Ihnen, auf die Vorlage VII einzutreten und dem Beschluss zuzustimmen.

**M. Wilhelm**, rapporteur: Le verdict populaire du 8 décembre dernier sur l'arrêté fédéral du 4 octobre freinant les décisions en matière de dépenses, appelé «frein aux dépenses», a été si clair, si net, non seulement sur le plan populaire, mais également sur le plan des cantons, que la cause est entendue. Il faut regretter, d'un côté, que cet arrêté n'ait pas pu entrer en vigueur directement car il était jumelé avec l'arrêté fiscal, si bien qu'il nous faudra le soumettre à nouveau au souverain. On peut le regretter mais il s'agit là d'une procédure constitutionnelle qui est inéluctable. Votre commission, par 17 voix contre 2, vous propose d'adjoindre ce «frein aux dépenses» au paquet global qui fait l'objet de nos délibérations depuis lundi, cela avec quelques modifications, spécialement à l'article 2 où l'alinéa 2 est biffé; nous modifions également l'article 3 où, normalement, le Conseil fédéral proposait qu'en cas d'acceptation du peuple et des cantons, ce «frein aux dépenses» ait effet jusqu'au 31 décembre 1982. Or, par 12

## **Bundesfinanzen. Massnahmen 1975**

### **Finances fédérales. Mesures 1975**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1975
Année	
Anno	
Band	I
Volume	
Volume	
Session	Januarsession
Session	Session de janvier
Sessione	Sessione di gennaio
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	06
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	12212
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	30.01.1975 - 08:00
Date	
Data	
Seite	120-144
Page	
Pagina	
Ref. No	20 003 593

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.  
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.  
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.